



SVV Sicherheitsmonitor 2019

Sicherheit, Stabilität und Perspektiven
der Gesellschaft in der Schweiz

ASA | SVV



sotomo
gesellschaft, politik & raum ■ ■ ■

Auftraggeber

Schweizerischer Versicherungsverband SVV
Conrad-Ferdinand-Meyer-Strasse 14
8022 Zürich

Auftragnehmer

Forschungsstelle sotomo
Dolderstrasse 24
8032 Zürich

Autoren

Michael Hermann
Gordon Bühler

Fachliche Begleitung

Thomas Ferst
Dozentur Militärsoziologie
Militärakademie, ETH Zürich

Zürich, Juni 2019



Inhaltsverzeichnis

1	In Kürze	4
2	Sicherheit im Alltag	7
2.1	Was im Leben Sicherheit gibt	7
2.2	Befriedigtes und unbefriedigtes Sicherheitsbedürfnis	9
2.3	Persönliche Risikoerwartungen	12
2.4	Vorschriften und Verbote	14
2.5	Technologischer Wandel und Sicherheit	17
3	Vorsorge: Erwartungen und Verhalten	20
3.1	Der Zeitpunkt der Pensionierung	20
3.2	Finanzielle Perspektiven	24
3.3	Risiko Pflegebedürftigkeit	26
4	Herausforderung Altersvorsorge	28
4.1	Mehrheit erwartet sinkende Renten	28
4.2	Kapitaldeckungs- und Umlageverfahren im Vergleich	30
4.3	Ansätze einer Rentenreform	34
5	Stabilität der politischen Grundordnung	37
5.1	Bedeutung der schweizerischen Ordnungsprinzipien	37
5.2	Allgemeine und persönliche Bedeutung	39
6	Methodik	42

1 In Kürze

Die zweite Ausgabe des «SVV Sicherheitsmonitors», herausgegeben vom Schweizerischen Versicherungsverband, stellt die Altersvorsorge ins Zentrum. Die Studie beruht auf einer repräsentativen Onlinebefragung von 1013 Erwachsenen in der Schweiz im April 2019. Die Befragung zeigt, dass das Sicherheitsbedürfnis der Schweizer Bevölkerung in den meisten Lebensbereichen gedeckt ist. Dies gilt für die Wohnsituation und das soziale Umfeld ebenso wie für den Arbeitsplatz und die polizeiliche Sicherheit. Demgegenüber besteht ein markantes Sicherheitsdefizit in der Altersvorsorge. Nur 23 Prozent der befragten Personen sehen sich in diesem Bereich voll und ganz abgesichert. 40 Prozent sehen hingegen ihr Sicherheitsbedürfnis gar nicht befriedigt. Dies zeigt, dass die finanzielle Altersvorsorge zu den zentralen Herausforderungen im (subjektiven) Sicherheitsgefüge der Schweizer Bevölkerung gehört. Entsprechend beschäftigt sich der Sicherheitsmonitor 2019 schwerpunktmässig mit dem Thema der Altersvorsorge.

Gradueller Übertritt in den Ruhestand

Heute entscheidet sich ein grosser Teil der Schweizer Erwerbstätigen vor dem gesetzlichen Rentenalter aus dem Erwerbsleben auszuschneiden. Welche Rahmenbedingungen könnten aus Sicht der Befragten dazu beitragen, dass sie länger arbeiten würden und damit das Rentensystem stärken? Nur eine von sieben skizzierten Massnahmen findet bei einem substantiellen Teil der aktuell Erwerbstätigen Anklang. Es ist dies die Möglichkeit zur schrittweisen Reduktion des Arbeitspensums. 37 Prozent der 56- bis 65-Jährigen sehen darin einen für sie selbst wirksamen Ansatz für einen Aufschub der Pensionierung. Die vorliegende Befragung zeigt folglich, dass die schrittweise Reduktion des Arbeitspensums der womöglich erfolversprechendste Ansatz ist, die Erwerbsphase zu verlängern. Die Flexibilisierung des Rentenalters, die gerne als Königsweg für eine auf die individuellen Umstände angepasste Erhöhung des Rentenalters angesehen wird, scheint dagegen weniger Anklang zu finden.

Zur Altersvorsorge im weiteren Sinn gehört der Umgang mit dem Risiko einer Pflegebedürftigkeit. Die Umfrage gibt hier alarmierende Erkenntnisse wieder: Nur gerade ein Viertel der Schweizer Bevölkerung fühlt sich für diesen Fall ausreichend abgesichert.

Furcht vor sinkendem Rentenniveau

Und wie sicher sind unsere Renten? Fast drei Viertel der Befragten gehen davon aus, dass das Rentenniveau in der Schweiz in Zukunft sinken wird. 22 Prozent erwarten dabei sogar ein deutliches Sinken. Nur eine Minderheit geht davon aus,

dass die Politik aktiv Rentenkürzungen beschliesst. Die grosse Mehrheit glaubt dagegen, dass der Reformstau weiter anhält und die Renten trotzdem sinken werden. Dies bringt die Erwartung der Befragten zum Ausdruck, dass sich das System gewissermassen automatisch den demografischen Sachzwängen anpasst und fehlende Einnahmen mit tieferen Renten kompensiert werden.

Das Ansparen in der 2. Säule bevorzugt und gleichzeitig in Frage gestellt

Die Befragung zeigt, dass das Prinzip der obligatorischen beruflichen Vorsorge in der zweiten Säule (BVG) im Vergleich zur ersten Säule tendenziell als sicherer, nachhaltiger und effizienter eingeschätzt wird. Das Umlageverfahren der AHV wird dagegen häufiger mit der Fairness unter den Generationen in Verbindung gebracht. Insgesamt sind 38 Prozent der Befragten der Ansicht, dass die zweite Säule in Zukunft mehr Gewicht bei der Rentenfinanzierung haben soll. Deutlich weniger (28 Prozent) wünschen sich dagegen eine Verschiebung hin zur umlagefinanzierten ersten Säule (AHV). Der Glaubwürdigkeit der 2. Säule zum Trotz stellt sich eine relative grosse Mehrheit der befragten Personen gegen die Senkung des Umwandlungssatzes. Von vielen wird die Lösung der Finanzierung des ständig wachsenden Ungleichgewichts von Jung zu Alt in der Sozialisierung des Defizits gesehen. Die Allgemeinheit soll (etwa in Form von Mehrwertsteuerbeiträgen) für das Defizit der Pensionskassen aufkommen. Es ist das Dilemma der Reform der Altersvorsorge in der Zeit des demographischen Wandels: Zwar wollen die wenigsten ein Defizit anhäufen, zugleich sollen auch die Renten möglichst unangetastet bleiben. Geht es um konkrete Massnahmen der Rentenreform, wird am deutlichsten die Angleichung des Frauenrentenalters an jenes des Mannes unterstützt. Dies zeigt auf, dass in dieser hochpolitischen Frage ein Sinneswandel stattfindet. Am zweitmeisten Unterstützung findet die Erhöhung der Mehrwertsteuer. Bemerkenswert hoch ist die Unterstützung für eine Reduktion der AHV-Renten für Gutverdienende.

Drohende Aushöhlung von Föderalismus, Konkordanz und Miliz

Eine wichtige Voraussetzung für das Sicherheitsempfinden wird durch die politische Grundordnung geschaffen, die für einen mehr oder weniger stabilen Rahmen sorgt. Im abschliessenden Teil des «SVV Sicherheitsmonitors» geht es um diesen Rahmen und dessen spezifisch schweizerische Ausprägungen. Nach wie vor werden die typischen Merkmale der schweizerischen Grundordnung von einer grossen Mehrheit getragen. Die Umfrageergebnisse zeigen jedoch, dass sich ein markanter Graben zwischen den untersuchten Merkmalen öffnet. Während die direkte Demokratie und die Neutralität auch im persönlichen Bedeutungshorizont der Befragten verankert sind, gilt dies für andere Grundpfeiler des schweizerischen Politiksystems nur noch beschränkt. Nur je ein Fünftel sieht die Prinzipien

Föderalismus, Konkordanz und Miliz auch persönlich als wichtig an. Die drei Prinzipien werden zwar im Abstrakten gutgeheissen, das Bekenntnis zu ihnen droht jedoch immer mehr zu einem blossen Lippenbekenntnis zu werden.

2 Sicherheit im Alltag

2.1 Was im Leben Sicherheit gibt

Der wichtigste Faktor, der für die Menschen in der Schweiz massgeblich zum Sicherheitsgefühl beiträgt, ist das persönliche Umfeld: die eigene Familie mit drei Vierteln und der Freundeskreis mit zwei Dritteln der Befragten. Das persönliche Umfeld ist ein Raum, der unabhängig von äusseren Lebensumständen wie Arbeit und finanzieller Absicherung stabilisierend wirkt. Der Arbeitsplatz und das Arbeitsumfeld sind für das Sicherheitsgefühl der arbeitstätigen Bevölkerung ebenfalls sehr wichtig: Dieser Bereich folgt mit wenig Abstand auf den Freundeskreis. Eher diskreter wirkt sich der Staat auf das Sicherheitsgefühl der Befragten aus. Nur rund die Hälfte der Befragten gibt an, dass eine der beiden zentralen Staatsfunktionen massgeblich zum persönlichen Sicherheitsgefühl beiträgt: Der Ordnungsstaat, der mit Polizei und Armee die körperliche Integrität und das Eigentum der Bevölkerung schützt, und der Sozialstaat, welcher mit Unterstützungsinstrumenten wie AHV, ALV und IV für die finanzielle Grundabsicherung sorgt. Private Versicherungen (Gesundheit, Pension usw.) werden von 45 Prozent der Befragten genannt. Das Ersparte und ein allfälliges Erbe tragen bei immerhin 39 Prozent massgeblich zum persönlichen Sicherheitsgefühl bei (Abb. 1).

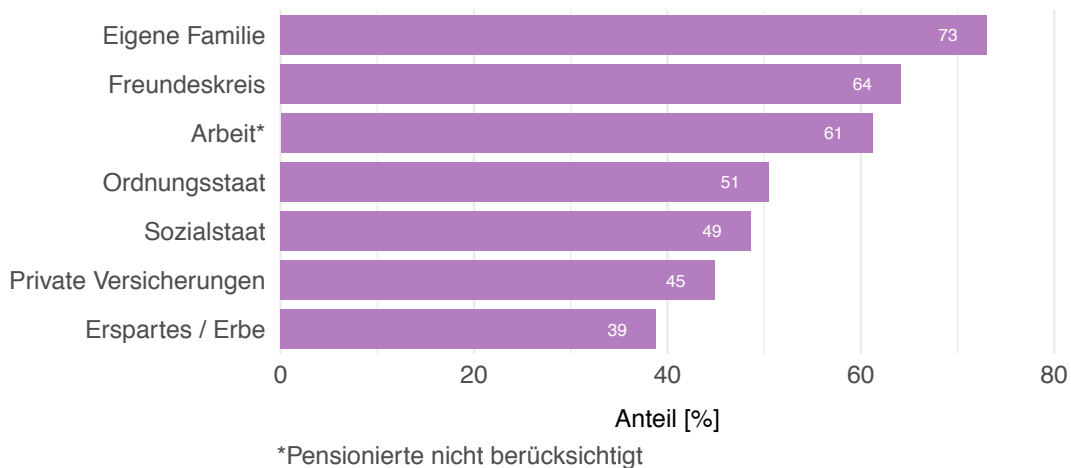
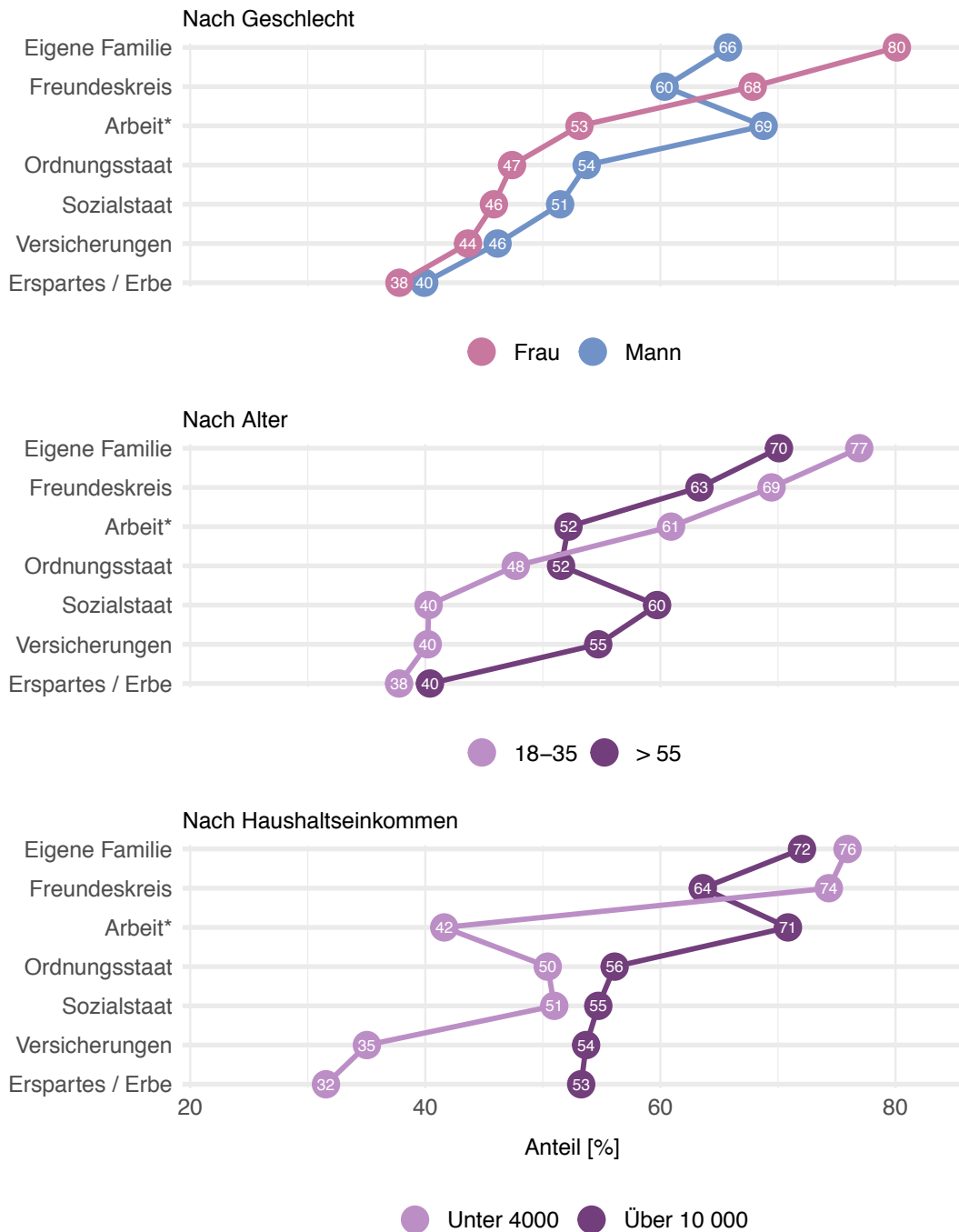


Abbildung 1: Bereiche, die massgeblich zum Sicherheitsgefühl der Befragten beitragen.

Für Männer ist die Arbeit der wichtigste Faktor, der zu ihrem Sicherheitsgefühl beiträgt. Für Frauen ist es das persönliche Umfeld (Abb. 2). In diesen Zahlen zeigen sich weiterhin bestehende Genderdifferenzen mit Männern, die zumindest in Familien oft für das Haupteinkommen sorgen und Frauen, die mehr Familienarbeit leisten. Entsprechend schöpfen Männer ihr Sicherheitsgefühl vermehrt aus ihrer Erwerbsarbeit und Frauen leiten es weit häufiger aus den Familienbanden ab.

Die unterschiedliche Zuschreibung der Wichtigkeit bringt allenfalls auch eine unterschiedliche Werthaltung zum Ausdruck: Unabhängig von den konkreten Lebensumständen kann Sicherheit vermehrt in sozialen Bindungen oder in der ökonomischen Absicherung gefunden werden.



*Pensionierte nicht berücksichtigt

Abbildung 2: Was massgeblich zum Sicherheitsgefühl der Befragten beiträgt – gruppiert.

Für jüngere wie ältere Befragte sind die eigene Familie und der Freundeskreis die wichtigsten Faktoren für das persönliche Sicherheitsgefühl. Markant ist der Wahrnehmungsunterschied in Bezug auf den Sozialstaat und private Versicherungen. Ältere Befragte sind sich der sicherheitsspendenden Kraft dieser Institutionen weit öfters bewusst als jüngere. Zwischen Menschen mit tiefem und hohem Haushaltseinkommen gibt es einen markanten Unterschied: 71 Prozent der Befragten mit hohem Einkommen finden Sicherheit in der Arbeit, während es bei den Befragten mit tiefem Einkommen nur 42 Prozent sind. Für Befragte mit tiefem Einkommen sind ausserdem private Versicherungen, das Ersparte und das Erbe für das persönliche Sicherheitsgefühl weniger wichtig – wohl, weil diese Sicherheitsfaktoren für sie nur in geringem Mass vorhanden sind (Abb. 2).

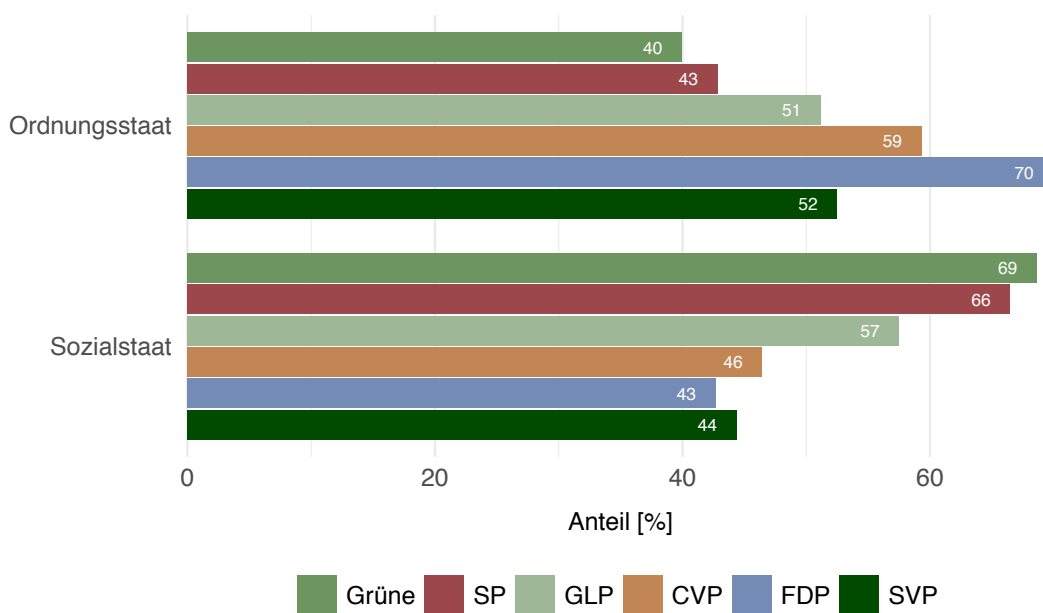


Abbildung 3: Was massgeblich zum Sicherheitsgefühl der Befragten beiträgt – nach Parteinähe.

Abbildung 3 zeigt, wie die wahrgenommenen Faktoren für das persönliche Sicherheitsgefühl durch die eigenen Wertehaltungen geprägt werden. Der Ordnungsstaat ist vor allem für das Sicherheitsgefühl der Wählerinnen und Wähler der FDP wichtig – für jene der Linksparteien SP und Grüne hat er dagegen geringere Bedeutung. Für sie ist der Sozialstaat wichtiger, der wiederum für die Wählerinnen und Wähler der bürgerlichen Parteien vergleichsweise wenig Bedeutung hat.

2.2 Befriedigtes und unbefriedigtes Sicherheitsbedürfnis

In welchen Bereichen ist das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung befriedigt? Abbildung 4 zeigt für verschiedene Bereiche den Anteil der Befragten, für die das

Sicherheitsbedürfnis voll und ganz bzw. gar nicht befriedigt ist, sowie die Bilanz. Diese «Sicherheitsbilanz» bildet sich durch die Differenz der Anteile der Befragten, deren Sicherheitsbedürfnis voll und ganz beziehungsweise gar nicht befriedigt ist – ein negativer Wert stellt ein insgesamt unbefriedigtes Sicherheitsbedürfnis dar.

Am besten abgesichert sehen sich die Befragten in Bezug auf ihre Wohnsituation, gefolgt vom sozialen Umfeld. In beiden Bereichen fühlt sich mehr als die Hälfte der Bevölkerung voll und ganz abgesichert. Die grössten Sicherheitsdefizite bestehen dagegen bei der Altersvorsorge. Nur 23 Prozent der Befragten fühlen sich in diesem Bereich voll und ganz abgesichert. 40 Prozent hingegen fühlen sich gar nicht abgesichert – somit ist die Bilanz mit 17 Prozentpunkten klar im negativen Bereich. Den zweittiefsten Wert in der Sicherheitsbilanz haben die finanziellen Reserven. Insgesamt fühlt sich die Schweizer Bevölkerung bezüglich der finanziellen Vorsorge fürs Alter ungenügend abgesichert. Dies zeigt, dass die langfristige finanzielle Absicherung zu den grundlegenden Herausforderungen im (subjektiven) Sicherheitsgefüge der Schweiz gehört.

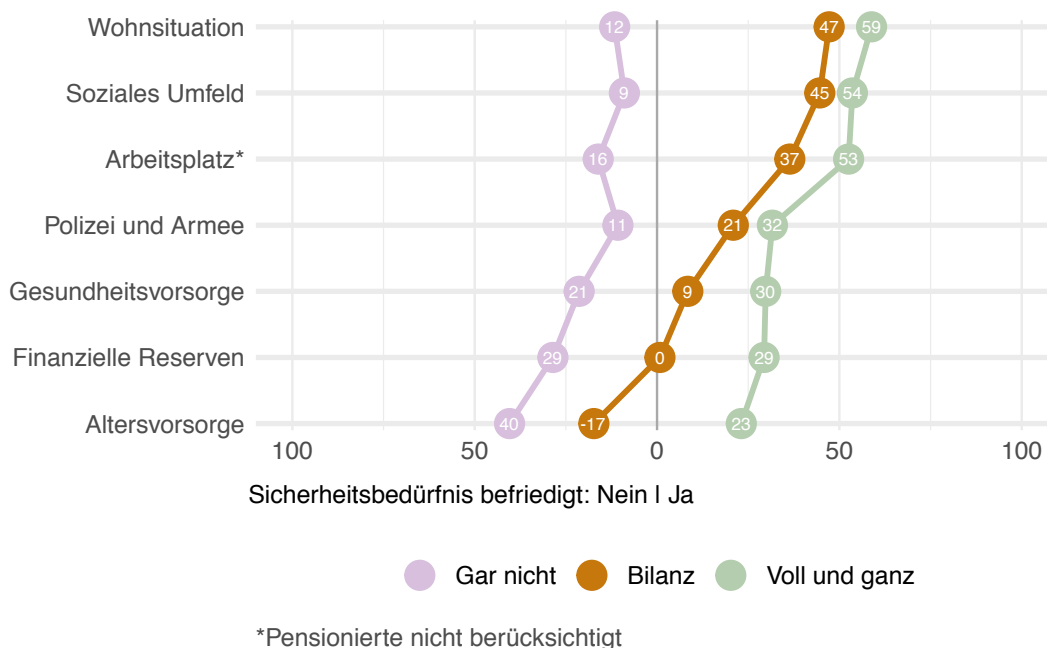


Abbildung 4: In welchen Bereichen das Sicherheitsbedürfnis der Befragten befriedigt ist.

Abbildung 5 zeigt die Sicherheitsbilanz für verschiedene Bevölkerungsgruppen. Die Altersvorsorge bereitet insbesondere den jungen Menschen in der Schweiz Sorgen – ihre Sicherheitsbilanz in diesem Bereich ist deutlich negativ. Auch bei den finanziellen Reserven fühlen sich die Jüngeren, im Gegensatz zu den Älteren, nicht abgesichert.



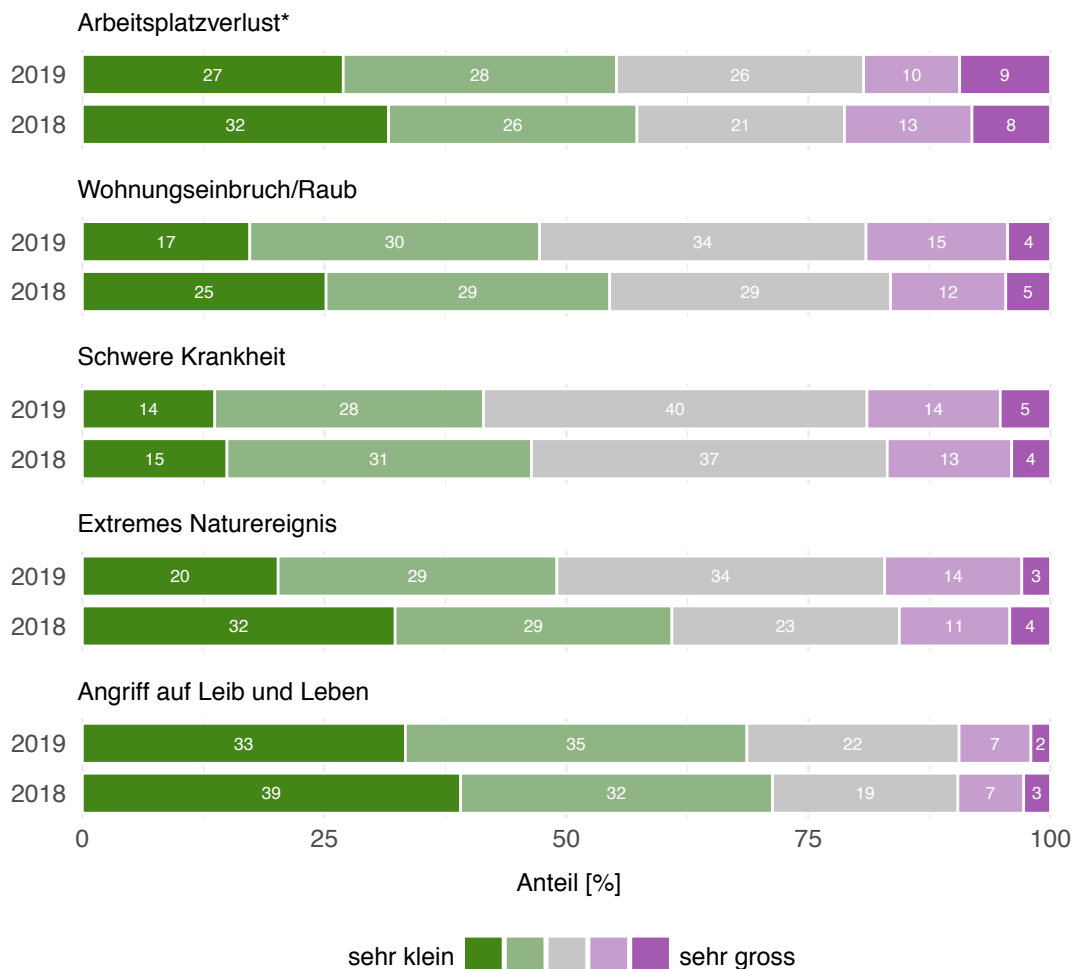
Abbildung 5: In welchen Bereichen das Sicherheitsbedürfnis der Befragten befriedigt ist – gruppiert.

Zwischen den Geschlechtern sind die Unterschiede im befriedigten Sicherheitsbedürfnis deutlich kleiner als zwischen den Altersgruppen. Dennoch fällt auf, dass Frauen sich am Arbeitsplatz und bezüglich der finanziellen Reserven weniger abgesichert fühlen als Männer. Offenbar wirkt sich hier die tiefere Erwerbsbeteiligung der Frauen negativ auf die finanzielle Lebenssicherheit aus. Umgekehrt ist das Si-

cherheitsbedürfnis der Frauen im sozialen Umfeld besser befriedigt. Unterschiede im Haushaltseinkommen führen zu besonders grossen Unterschieden: Befragte mit höherem Einkommen fühlen sich insbesondere am Arbeitsplatz, bezüglich Wohnsituation und bei den finanziellen Reserven deutlich besser abgesichert als Befragte mit tiefem Einkommen. Auch hier wird deutlich, wie gross die Unsicherheit bei der Altersvorsorge in der gesamten Bevölkerung ist: Selbst bei Personen mit hohem Einkommen ist die Sicherheitsbilanz in diesem Bereich leicht negativ – bei Personen mit tiefem Einkommen sogar deutlich.

2.3 Persönliche Risikoerwartungen

Wie schätzen die Menschen in der Schweiz die Wahrscheinlichkeit ein, in den nächsten zehn Jahren von verschiedenen Gefahren und Ereignissen betroffen zu sein?



*Pensionierte nicht berücksichtigt

Abbildung 6: Einschätzung von Gefahren: Wahrscheinlichkeit der persönlichen Betroffenheit innerhalb der nächsten zehn Jahre in der Schweiz.

Es sind drei Befürchtungen, für welche je rund 20 Prozent der Befragten davon ausgehen, dass eine persönliche Betroffenheit wahrscheinlich oder sehr wahrscheinlich ist: Arbeitsplatzverlust, Wohnungseinbruch/Raub und schwere Krankheit. 17 Prozent befürchten, Opfer eines extremen Naturereignisses zu werden. Deutlich weniger präsent ist die Befürchtung eines Angriffs auf Leib und Leben: Nur 9 Prozent haben diese Befürchtung (Abb. 6). Im Vergleich zur Befragung im Vorjahr haben die Befürchtungen, von verschiedenen Gefahren betroffen zu sein, eher zugenommen – am stärksten bei den extremen Naturereignissen.

Wie korrespondiert die Gefahreinschätzung mit dem tatsächlichen Risiko, vom entsprechenden Ereignis betroffen zu sein? In Abbildung 7 ist die eigene Betroffenheit von Ereignissen in den vergangenen zehn Jahren (vertikale Achse) ins Verhältnis zur erwarteten Betroffenheit in den nächsten zehn Jahren (horizontale Achse) gesetzt.

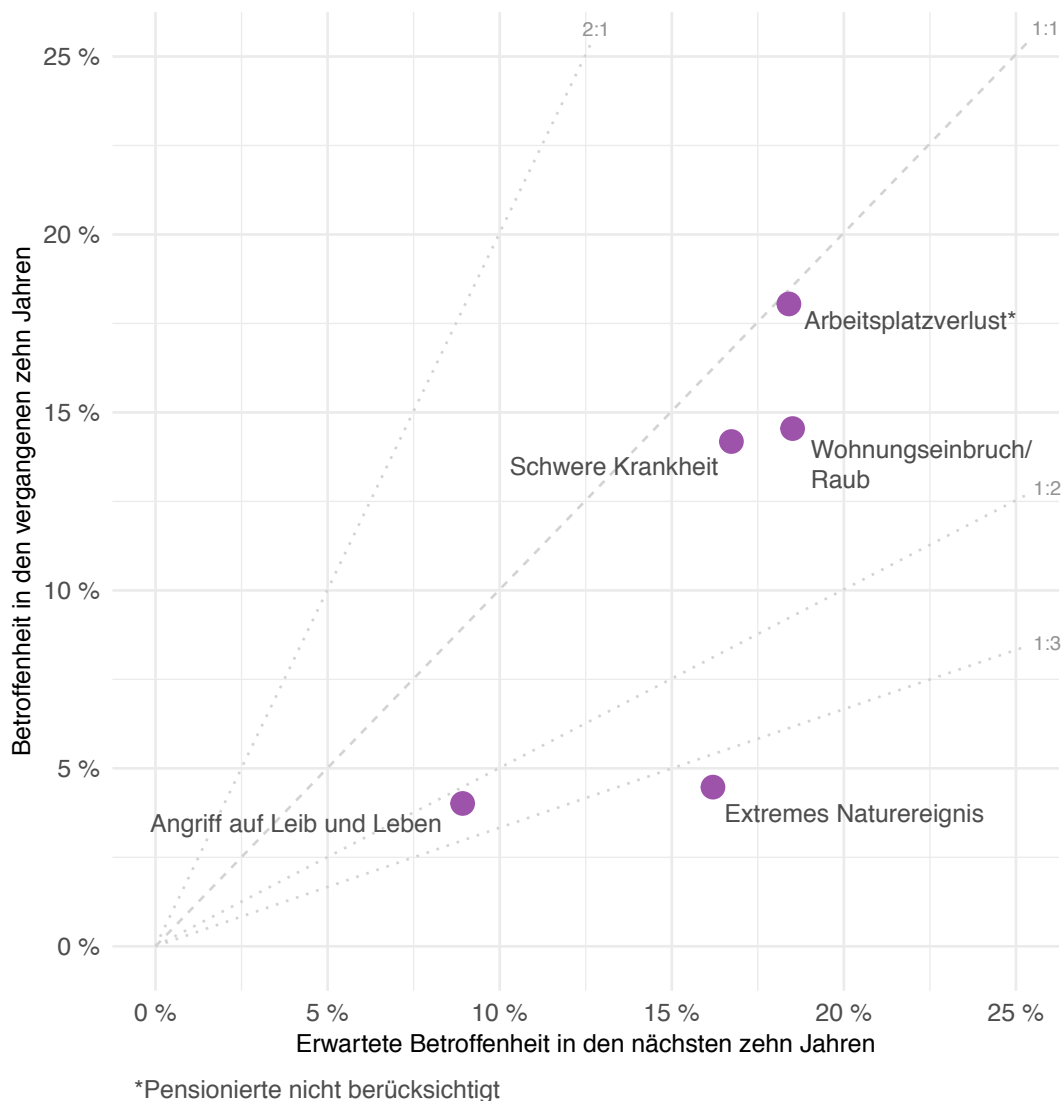


Abbildung 7: Betroffenheit und Einschätzung von Gefahren.

Bezüglich Arbeitsplatzverlust stimmen die Zukunftserwartungen sehr genau mit den Verhältnissen in der Vergangenheit überein (Wert auf der Diagonalen). Die erwartete Betroffenheit von einem Angriff auf Leib und Leben ist zwar relativ tief (9 Prozent) – der Vergleich mit der Zahl zur Betroffenheit in der Vergangenheit (4 Prozent) zeigt jedoch: Die Gefahr wird deutlich überschätzt. Noch deutlicher ist die Diskrepanz zwischen vergangener und erwarteter Betroffenheit von einem extremen Naturereignis: Die erwartete Betroffenheit in den nächsten zehn Jahren (17 Prozent) ist mehr als dreimal so hoch wie die tatsächliche Betroffenheit in den vergangenen zehn Jahren (5 Prozent).

2.4 Vorschriften und Verbote

Mehr als zwei Drittel der Befragten unterstützen eine erhöhte Polizeifrequenz an stark frequentierten Orten – nur 7 Prozent sprechen sich dagegen aus (Abb. 8). Weit kontroverser wird eine Erhöhung der Polizeipräsenz im Internet beurteilt. Je rund 35 Prozent sind für und gegen die polizeiliche Onlineüberwachung von bestimmten Personen ohne konkreten Tatverdacht. Im Gegensatz zum öffentlichen Raum werden geschlossene Onlineaktivitäten wohl viel eher als privat angesehen, sodass eine Polizeiüberwachung im virtuellen Raum als Bedrohung der individuellen Freiheit angesehen wird.

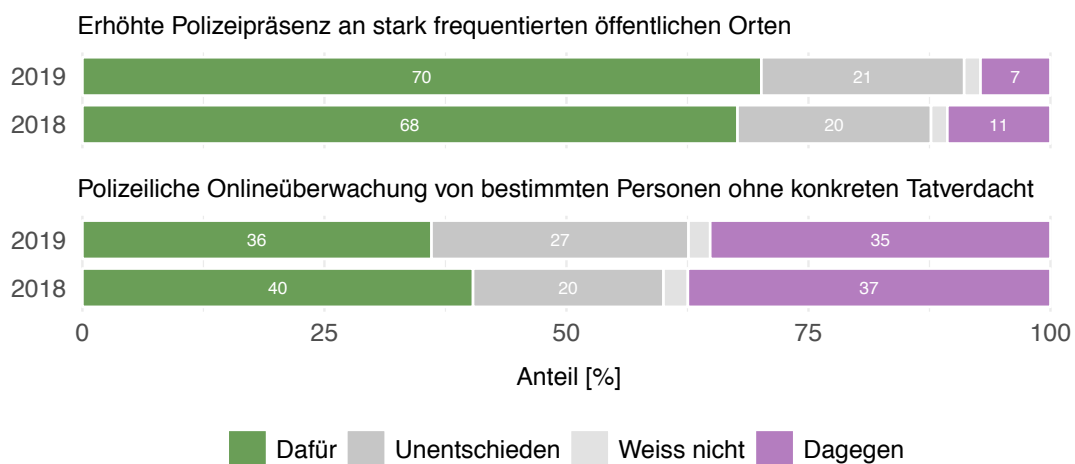


Abbildung 8: Haltung zu Massnahmen der polizeilichen Sicherheit.

Die Zustimmung zu Massnahmen der polizeilichen Sicherheit hängt stark vom Bildungsniveau der Befragten ab (Abb. 9). Befragte mit Hochschulbildung zeigen sich deutlich skeptischer als Personen mit Grundschulbildung. Ein ausgeprägter Geschlechterunterschied zeigt sich vor allem bei der Polizeipräsenz im öffentlichen Raum: Frauen, die sich hier generell gefährdeter einstufen, zeigen entsprechend eine deutlich grössere Unterstützung als Männer. Auch bezüglich des Alters

der Befragten zeigt sich ein ausgeprägter Unterschied. Erwartungsgemäss zeigt sich bei der Unterstützung polizeilicher Massnahmen ein starker links-rechts-Gegensatz. Dennoch unterstützt rund die Hälfte der SP- und Grünen-Basis eine erhöhte Polizeipräsenz an öffentlichen Orten. Insgesamt ist die Unterstützung für polizeiliche Massnahmen im Vergleich zum Vorjahr recht konstant. Bei der Onlineüberwachung zeigt sich eine leicht tiefere Unterstützung.

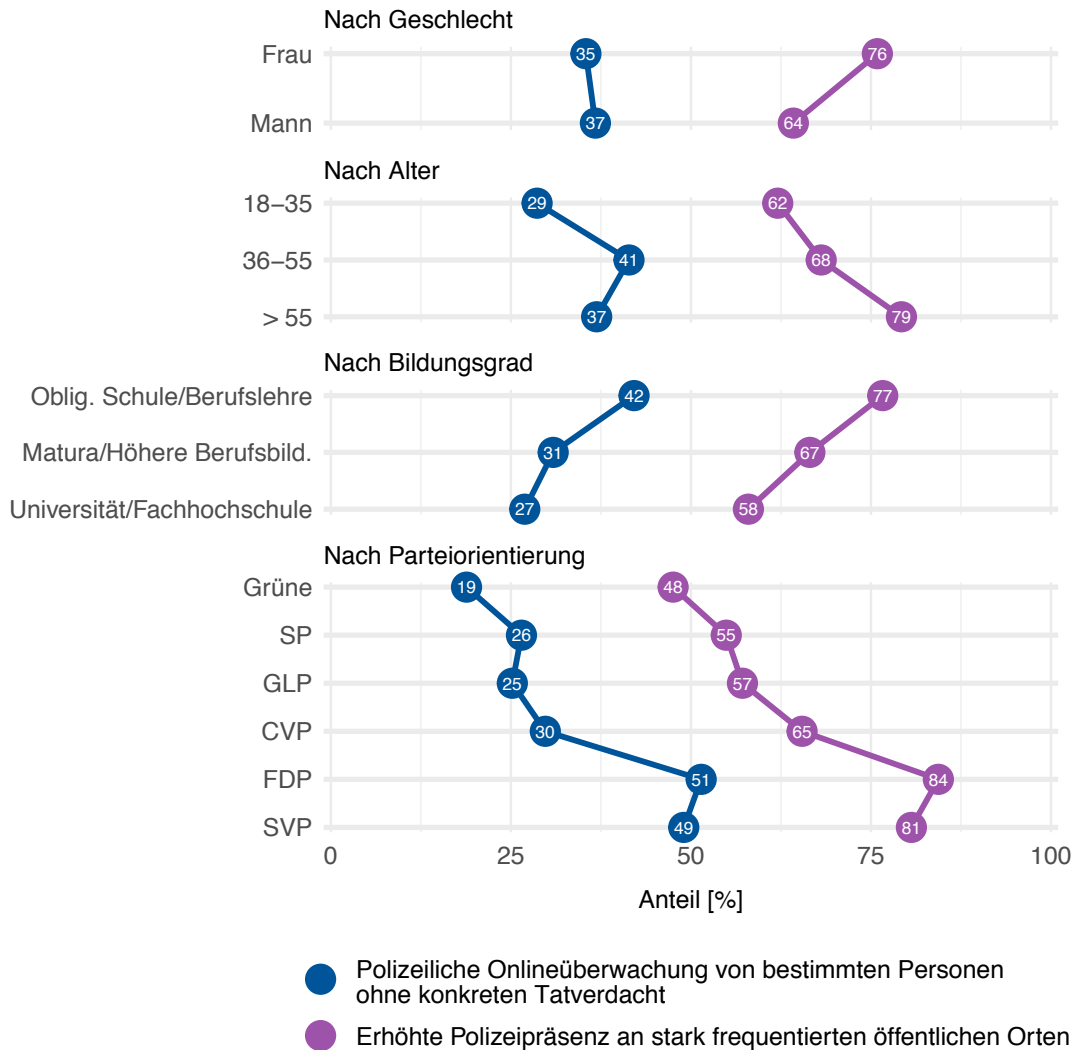


Abbildung 9: Zustimmung zu Massnahmen der polizeilichen Sicherheit – gruppiert.

Geht es um Vorschriften und Verbote zur Erhöhung der Gefahrprävention, zeigt sich ein ähnlich differenziertes Bild wie bei den Massnahmen der polizeilichen Sicherheit (Abb. 10). 70 Prozent der Befragten sprechen sich für eine Helmpflicht beim Velofahren aus, während das Verbot von Base-Jumping von nur einem Viertel unterstützt wird. Dies, obwohl das Unfall- und Sterberisiko bei dieser Extremsportart besonders gross ist. Im Unterschied zur Helmtragpflicht, welche lediglich eine Einschränkung darstellt, geht es hier jedoch um das Verbot

des Ausübens einer Tätigkeit, was offenbar als stärkerer Eingriff in die persönliche Freiheit wahrgenommen wird – dies ungeachtet der Tatsache, dass dieser Sport nur von wenigen Menschen ausgeübt wird. Etwas mehr als die Hälfte der Befragten spricht sich ausserdem für ein Alkoholverbot im Stadionbereich bei Fussball- und Eishockeyspielen aus. Die Einschränkung der persönlichen Freiheit ist hier ambivalent: Mit der Vorschrift ist der Besuch einer entsprechenden Sportveranstaltung zwar weiterhin möglich, aber mit einer Auflage verbunden. Das Verbot des Konsums von Alkohol ist für einige bereits eine zu grosse Einschränkung der persönlichen Freiheit.

Im Vergleich zum Vorjahr hat die Zustimmung zu Vorschriften und Verboten leicht zugenommen. Am deutlichsten zeigt sich dies beim Alkoholverbot in Stadien. Die Debatte um Gewalt durch Fussballfans hat im vergangenen Jahr aufgrund wiederholter Fanausschreitungen an Intensität zugenommen.

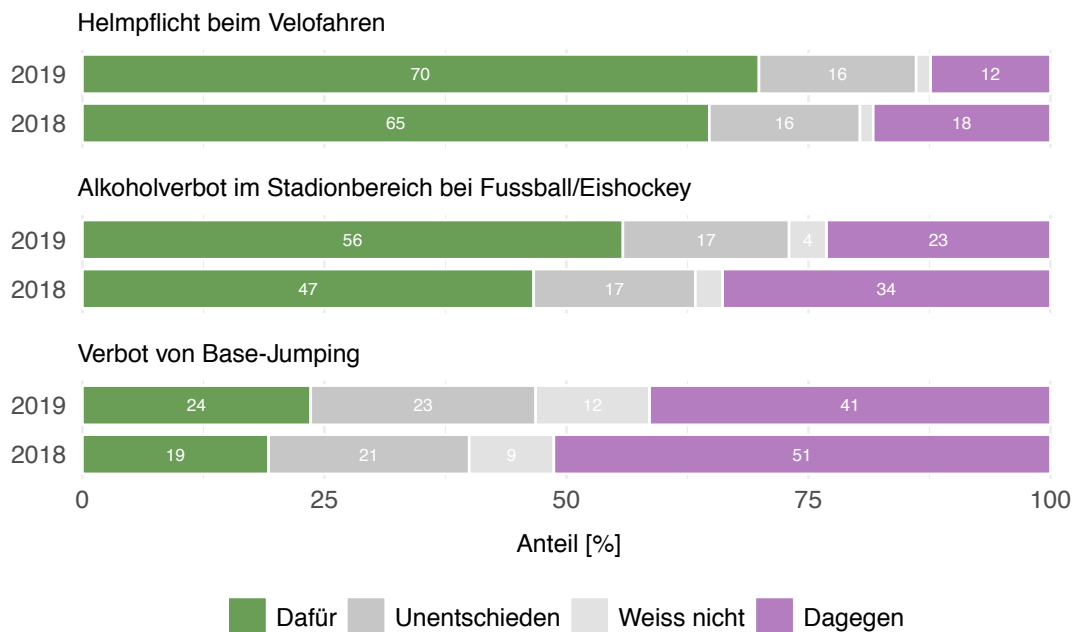


Abbildung 10: Befürwortung von Vorschriften und Verboten.

Abbildung 11 zeigt, dass es vor allem junge Menschen sind, welche gegen ein Alkoholverbot an Fussball- und Eishockeyspielen sind. Ältere sind klar dafür. Ausgelassener Alkoholkonsum an Events mit den eigenen Peers ist eher Teil eines jugendlichen Lebensstils. Umgekehrt erscheinen alkoholkonsumierende Gruppen für Ältere eher als Sicherheitsrisiko. Interessant ist ausserdem, dass Personen, die links stehen, eher für ein Verbot sind.

Im Vergleich zu den Massnahmen der polizeilichen Sicherheit hängt die Unterstützung von Vorschriften und Verboten in geringerem Mass von der politischen Orientierung ab. Auch der Einfluss des Bildungsniveaus ist hier weniger ausge-

prägt. Der Geschlechterunterschied zeigt sich vor allem beim Alkoholverbot in Stadien: Rund zwei Drittel der Frauen sind dafür, während es bei den Männern nur rund die Hälfte ist.

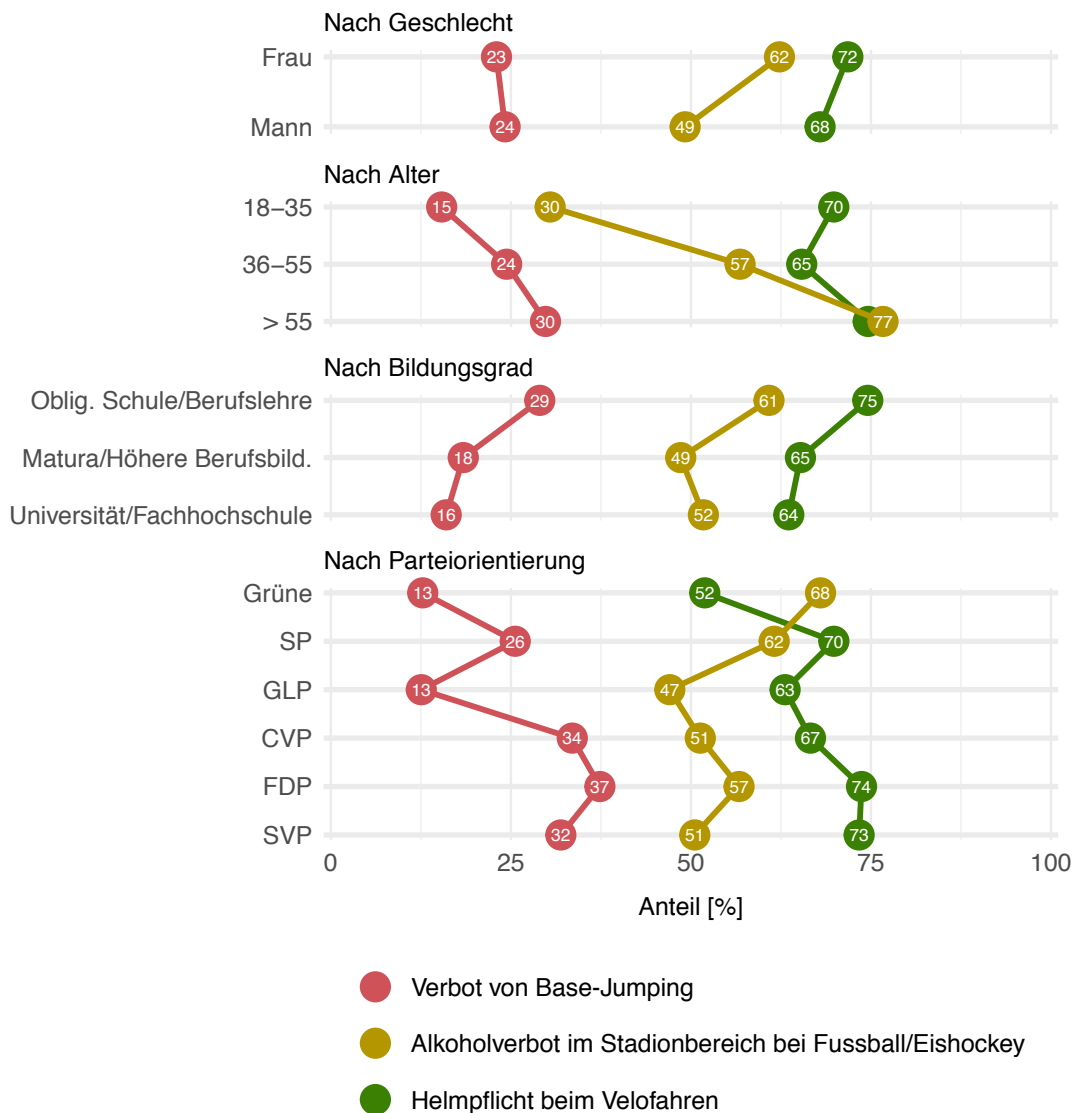


Abbildung 11: Befürwortung von Vorschriften und Verboten – gruppiert.

2.5 Technologischer Wandel und Sicherheit

Mit dem technologischen Wandel verschiebt sich die Verantwortung und Kontrolle über Sicherheitsprozesse in verschiedenen Bereichen weg vom Menschen und hin zu automatisierten Systemen. Wie beurteilt die Schweizer Bevölkerung diese Entwicklung? Rund die Hälfte ist der Meinung, dass die heute weit verbreiteten Fahrassistenzsysteme für Autos die Sicherheit im Strassenverkehr erhöhen. Im Vergleich zum Vorjahr zeigen sich hier nur geringe Unterschiede. Wie im Vorjahr ist die Bevölkerung gegenüber gänzlich selbstfahrenden Autos deutlich kritischer

eingestellt. Es zeigt sich jedoch eine Verschiebung zu einer optimistischeren Haltung: Während 2018 noch 42 Prozent der Meinung waren, dass selbstfahrende Autos die Sicherheit vermindern, sind es 2019 noch 32 Prozent. 22 Prozent sind heute der Meinung, dass die Sicherheit durch selbstfahrende Autos erhöht wird (Abb. 12).

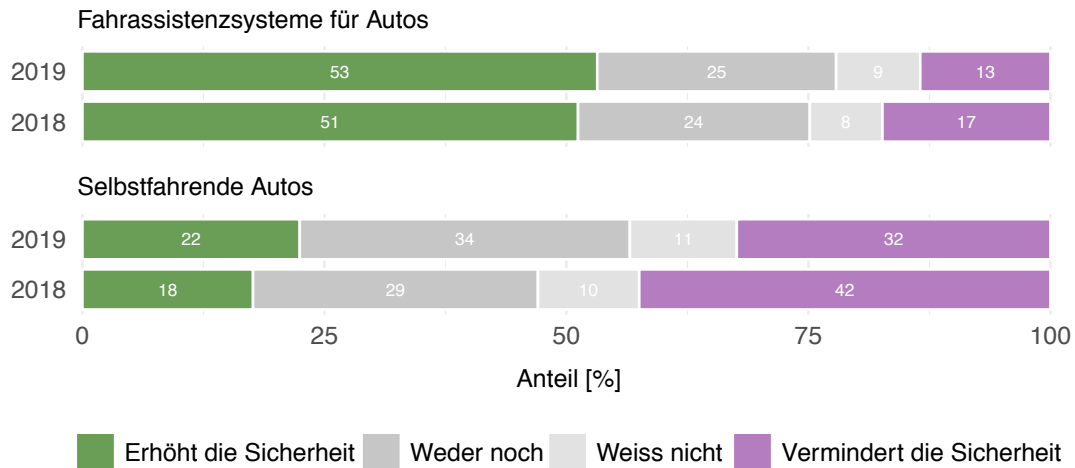


Abbildung 12: Einstufung der Entwicklung bezüglich der Sicherheit von Fahrerassistenzsystemen und selbstfahrenden Autos – Vergleich zur Befragung im Vorjahr.

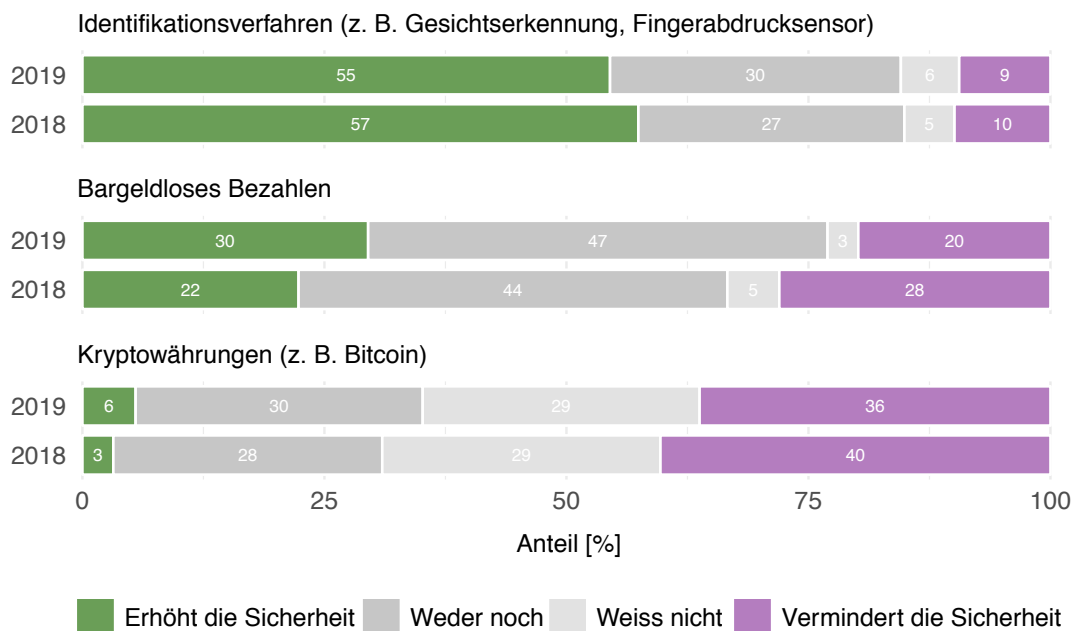


Abbildung 13: Einstufung der Entwicklung bezüglich der Sicherheit von Identifikationsverfahren, bargeldlosem Bezahlen und Kryptowährungen – Vergleich zur Befragung im Vorjahr.

Das Vertrauen in digitale Identifikationsverfahren wie Gesichtserkennung ist relativ hoch: 55 Prozent der Bevölkerung glauben, dass sich diese positiv auf die Sicherheit auswirken. Im Vergleich zum Vorjahr ist dieser Wert sehr konstant. Etwas erhöht hat sich die optimistische Haltung beim bargeldlosen Bezahlen. 30 Prozent der Bevölkerung finden, dass sich dadurch die Sicherheit erhöht – im Vergleich zu 20 Prozent, die finden, dass die Sicherheit dadurch vermindert wird. Rund die Hälfte sieht im bargeldlosen Bezahlen weder eine Erhöhung noch eine Verminderung der Sicherheit. Für sie ist es, unabhängig vom Sicherheitsgedanken, eine ergänzende Möglichkeit zum Bargeld. Den Sicherheitswert von Kryptowährungen sieht die Bevölkerung wie schon im Vorjahr kaum. Rund ein Drittel findet gar, dass diese die Sicherheit vermindern. Nach wie vor gibt ein relativ grosser Anteil (29 Prozent) an, nichts über Kryptowährungen zu wissen. Kryptowährungen scheinen für einen grossen Teil der Bevölkerung bis heute nicht relevant zu sein – und werden eher negativ bewertet (Abb. 13).

3 Vorsorge: Erwartungen und Verhalten

Der Vergleich verschiedener Lebensbereiche hat gezeigt, dass die langfristige finanzielle Absicherung, insbesondere im Hinblick auf das Rentenalter, gegenwärtig eine zentrale, wenn nicht sogar die zentrale Herausforderung für das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung in der Schweiz ist (vgl. Abb. 4). Entsprechend beschäftigt sich der Sicherheitsmonitor 2019 schwerpunktmässig mit dem Thema der Altersvorsorge. Dieses Kapitel beleuchtet die persönliche Ebene der Rentensicherheit. Dabei geht es um Faktoren, die den Zeitpunkt der Pensionierung bestimmen sowie die eigenen finanziellen Perspektiven im Rentenalter. Es geht aber auch um das Risiko der Pflegebedürftigkeit, das mit steigendem Alter zunimmt.

3.1 Der Zeitpunkt der Pensionierung

Ein grosser Teil der Schweizer Bevölkerung lässt sich heute vor dem gesetzlichen Rentenalter pensionieren. Auffällig ist, dass dieses Bedürfnis offenbar erst im Verlauf des Erwerbslebens entsteht. Bei den jüngeren Befragten ist der Wille, mindestens bis zum Pensionsalter zu arbeiten, durchaus noch vorhanden. So geben bei den Altersgruppen unter 46 Jahren jeweils nur rund 20 Prozent an, dass sie sich voraussichtlich vor dem gesetzlichen Rentenalter pensionieren wollen (Abb. 14).

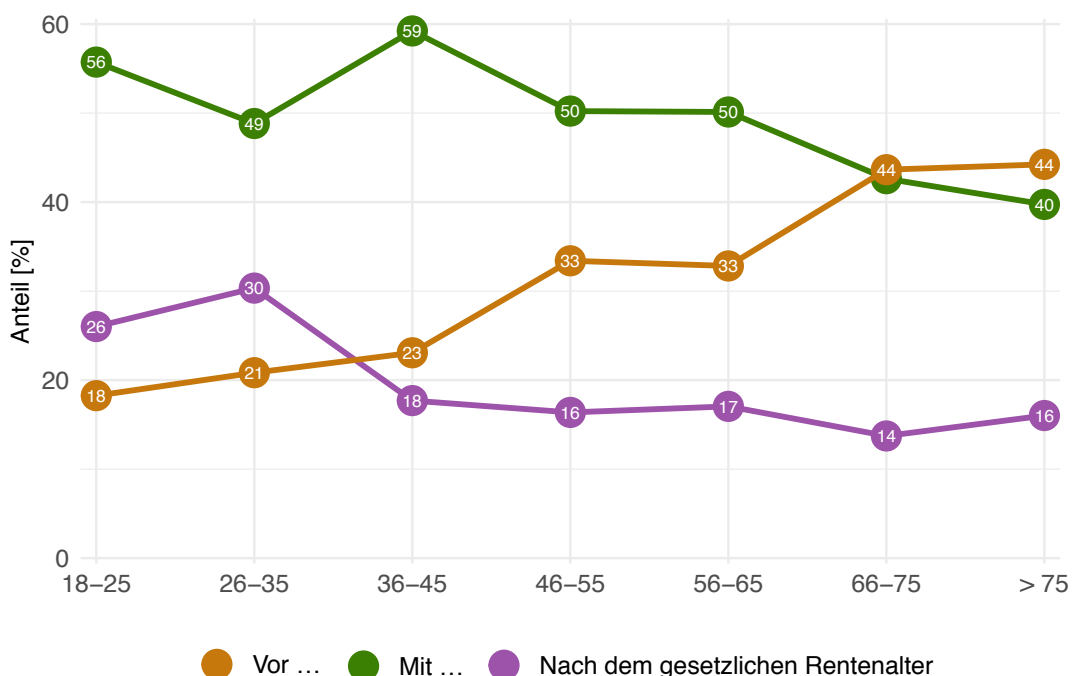


Abbildung 14: Erwarteter bzw. tatsächlicher Zeitpunkt der Pensionierung – nach Alter.

Gleichzeitig gibt es bei den 18- bis 35-Jährigen mehr, die damit rechnen, länger als bis zum gesetzlichen Rentenalter zu arbeiten, als solche, die davon ausgehen, frühzeitig in Pension zu gehen. Das Bedürfnis nach einer frühzeitigen Pensionierung ist nicht vorgegeben, sondern es entwickelt sich offensichtlich im Verlauf der Berufslaufbahn.

Der Effekt der demographischen Alterung, aber auch die finanzielle Sicherheit im Alter lassen sich für die Bevölkerung abfedern, wenn mehr Menschen bis zum gesetzlichen Rentenalter oder darüber hinaus arbeiten. Welche Rahmenbedingungen könnten aus Sicht der Befragten dazu beitragen, dass sie länger arbeiten würden (Abb. 15)? Am häufigsten wird von den Befragten die Möglichkeit einer schrittweisen Reduktion der Arbeitszeit genannt (42 Prozent). Wenn von der Flexibilisierung des Rentenalters die Rede ist, dann geht es in der Regel um die Individualisierung des Zeitpunkts. Flexibilisierung kann sich allerdings auch auf die einzelnen Betroffenen beziehen, von denen viele potenziell bereit wären, länger zu arbeiten, wenn das Pensum schrittweise abgebaut werden könnte. Während der Beschäftigungsgrad ein wichtiger Faktor ist, steht die Art der Arbeit weniger im Vordergrund. Nur 18 Prozent sind der Ansicht, dass eine altersgerechte Tätigkeit den Zeitpunkt der Pensionierung hinauszögern könnte. Mehr Bedeutung haben dagegen die Möglichkeit zur selbständigen Arbeit (27 Prozent) sowie ein besseres Arbeitsklima (31 Prozent).

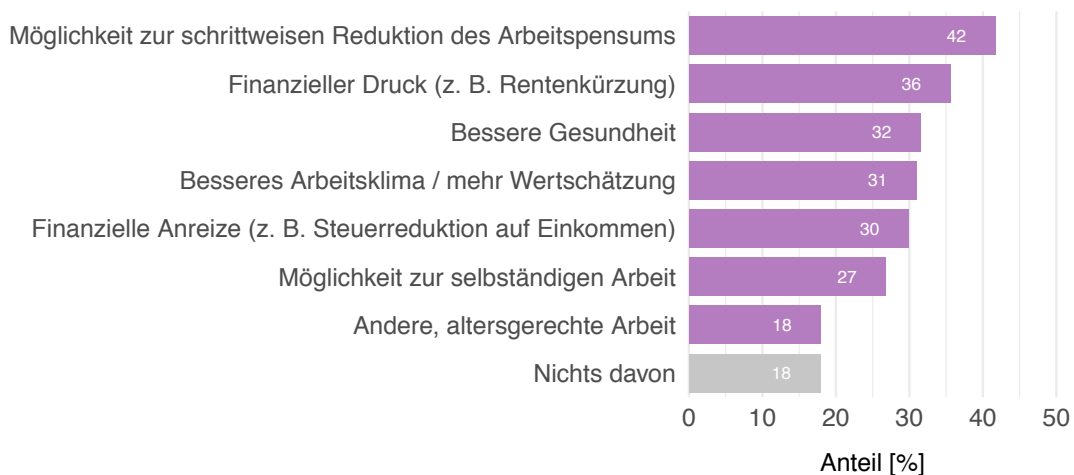


Abbildung 15: Faktoren, die zu einer späteren Pensionierung beitragen könnten (bzw. beigetragen haben).

Von den Faktoren, die nicht direkt mit dem Arbeitsplatz zu tun haben, könnte finanzieller Druck etwa in Form von Rentenkürzungen aus Sicht von 36 Prozent der Befragten eine Wirkung auf den Zeitpunkt der Pensionierung entfalten. Finanzielle Anreize für längeres Arbeiten erachten 30 Prozent als potenziell wirksam.

Die Bewertung der verschiedenen Effekte durch die gesamte erwachsene Bevölkerung ist allerdings nur bedingt aussagekräftig. Relevant ist insbesondere die Einschätzung jener, die kurz vor der Pensionierung stehen. Abbildung 16 zeigt, dass die wahrgenommene Wirkung bei allen Massnahmen und Einflüssen mit steigendem Alter abnimmt. Besonders markant ist dies bei der Möglichkeit zum selbständigen Arbeiten, aber auch beim finanziellen Druck bei den Renten. So sind noch 42 Prozent der 46- bis 55-Jährigen der Ansicht, dass Druck auf die Renten sie zu einer Verschiebung der Pensionierung führen könnte. Bei den 56- bis 65-Jährigen gehen dagegen nur noch 12 Prozent davon aus. Wer sich dem Rentenalter nähert, kann seine bzw. ihre finanziellen Perspektiven besser abschätzen. Dabei sehen sich die meisten im Vorrentenalter finanziell offenbar genug abgesichert, so dass auch eine Rentenkürzung für sie keinen Effekt auf den Zeitpunkt der Pensionierung hätte.

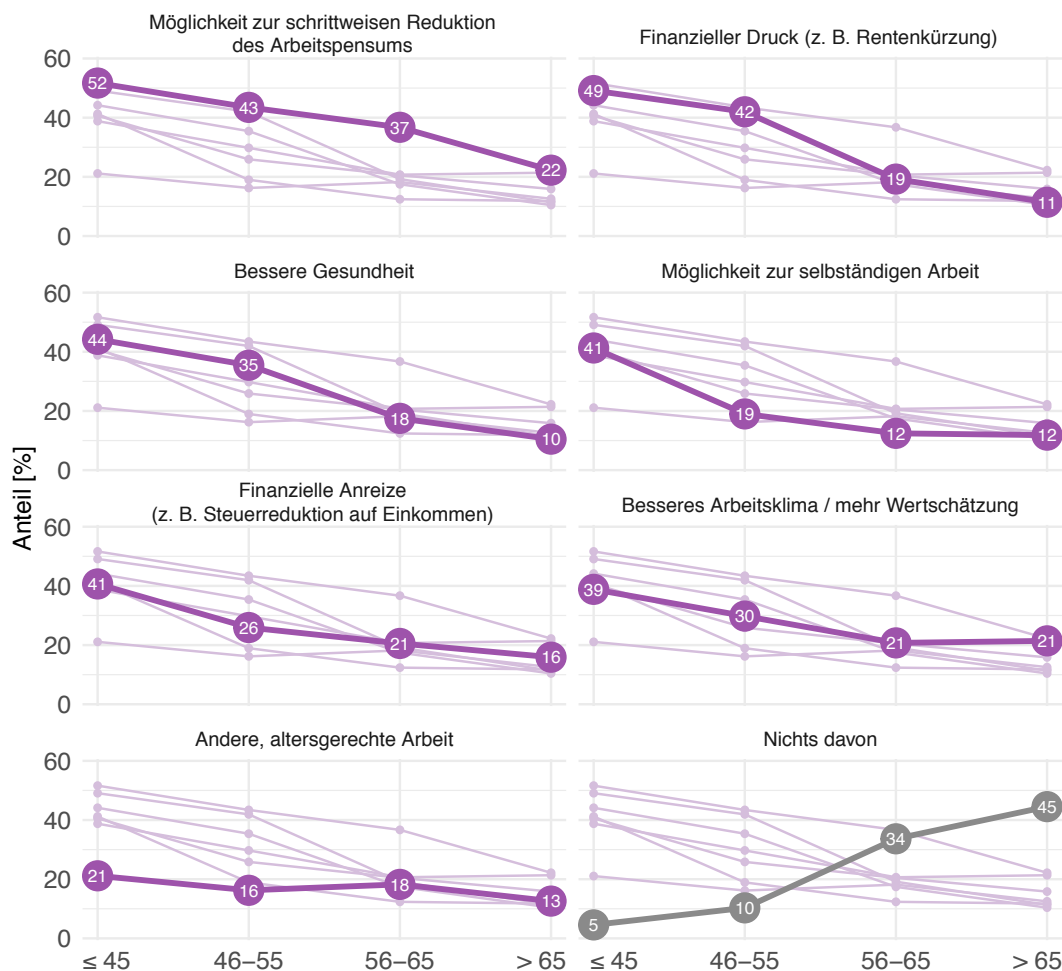


Abbildung 16: Faktoren, die zu einer späteren Pensionierung beitragen könnten (bzw. beigetragen haben) – nach Alter. Als Vergleich sind jeweils alle Faktoren im Hintergrund dargestellt.

Nur eine der vorgeschlagenen Massnahmen findet auch bei einem substantiellen Teil der Personen im Vorrentenalter Anklang. Es ist dies die Möglichkeit zur schrittweisen Reduktion des Arbeitspensums. 37 Prozent der 56- bis 65-Jährigen sind der Ansicht, dass diese Möglichkeit bei ihnen zu einer späteren Pensionierung führen könnte bzw. zu einer späteren Pensionierung geführt hätte. Die Flexibilisierung des Rentenalters wird gerne als Königsweg für eine auf die individuellen Umstände angepasste Erhöhung des Rentenalters angesehen. Weniger im Fokus der Debatte steht der graduelle Übertritt in den Ruhestand. Die vorliegende Befragung zeigt, dass die Möglichkeit zur schrittweisen Reduktion des Arbeitspensums der womöglich erfolgversprechendste Ansatz ist, die Erwerbsphase zu verlängern.

3.2 Finanzielle Perspektiven

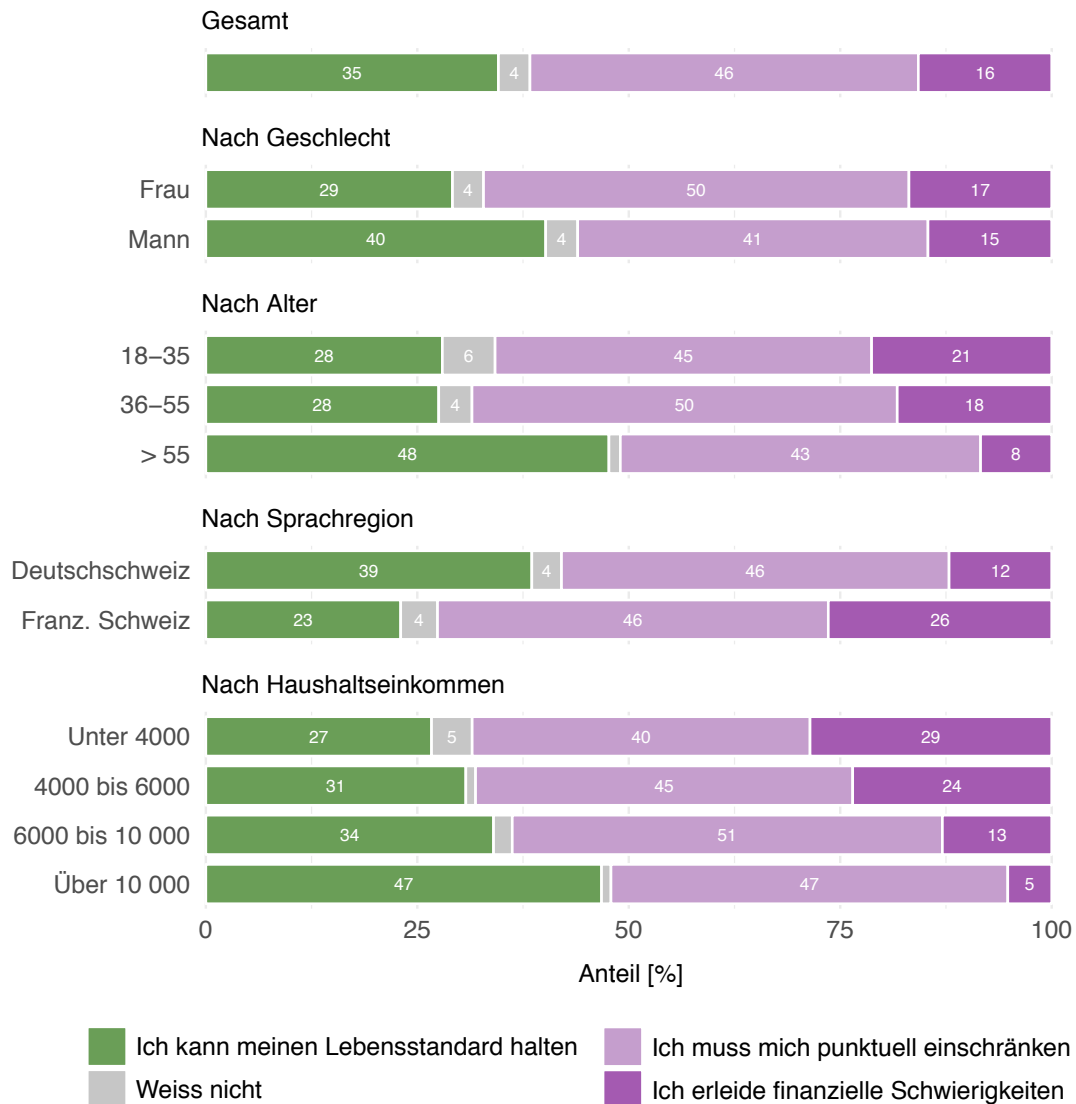


Abbildung 17: Beurteilung der eigenen finanziellen Aussichten für den Ruhestand.

Nur 35 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass sie ihren Lebensstandard nach der Pensionierung uneingeschränkt halten können. Zugleich gehen jedoch relativ wenige Menschen in der Schweiz heute davon aus, dass sie im Ruhestand finanzielle Schwierigkeiten erleiden werden. Dabei zeigen sich die Menschen in der französischsprachigen Schweiz allerdings wesentlich pessimistischer. Mehr als ein Viertel der Befragten aus der Romandie fürchtet finanzielle Schwierigkeiten im Rentenalter, während dies in der Deutschschweiz nur 12 Prozent tun. Auffällig ist, dass die Befragten ab 55 Jahren die Situation deutlich optimistischer einschätzen als die jüngeren (Abb. 17).

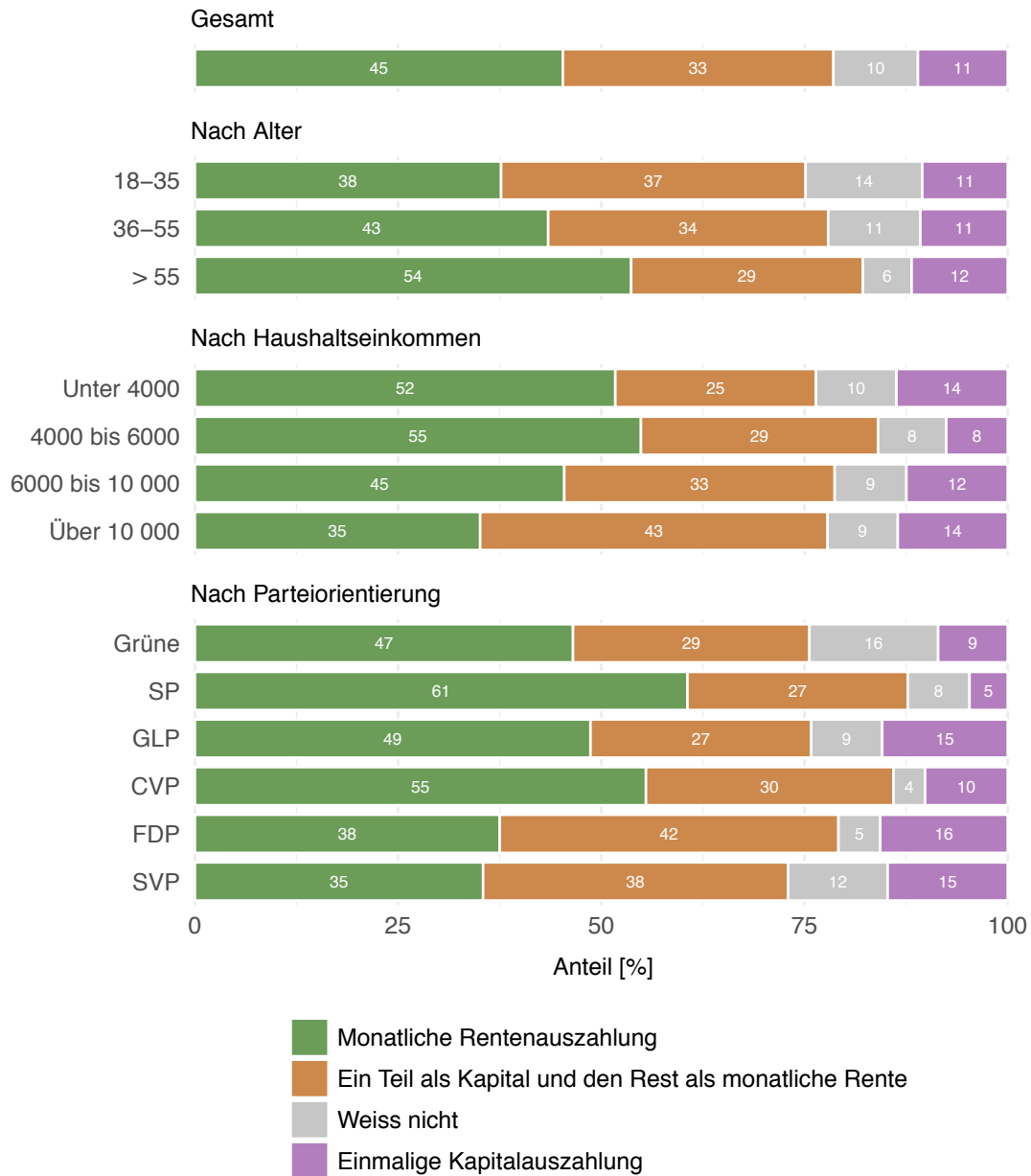


Abbildung 18: Bevorzugte Form des Bezugs des Pensionskassenguthabens.

Von Interesse sind im Zusammenhang mit den finanziellen Perspektiven auch die Umfrageergebnisse zur bevorzugten Form des Bezugs der angesparten Guthaben aus der beruflichen Vorsorge. Nur rund ein Zehntel der Befragten möchte die BVG-Gelder in einer einmaligen Kapitalauszahlung zurückerhalten. Der Bezug in Rentenform steht für die meisten im Vordergrund. Interessanterweise hängt die Bevorzugung einer Variante nicht nur vom Einkommen und vom Alter ab, sondern auch von der politischen Orientierung. Insbesondere die Anhängerschaft der SP und der CVP zeigt sich deutlich weniger daran interessiert, vermehrt über das angesparte Kapital zu verfügen als die Basis von SVP und FDP (Abb. 18).

3.3 Risiko Pflegebedürftigkeit

Im Verlauf des Lebens steigt das Risiko der Pflegebedürftigkeit. Wie schätzen die Menschen in der Schweiz ihre Absicherung für den Fall ein, dass sie pflegebedürftig werden (Abb. 19)? Nur gerade ein Viertel der Schweizer Bevölkerung fühlt sich für diesen Fall ausreichend abgesichert. 45 Prozent sehen sich nur zum Teil abgesichert, rund ein Fünftel erachtet sich dagegen als nicht abgesichert.

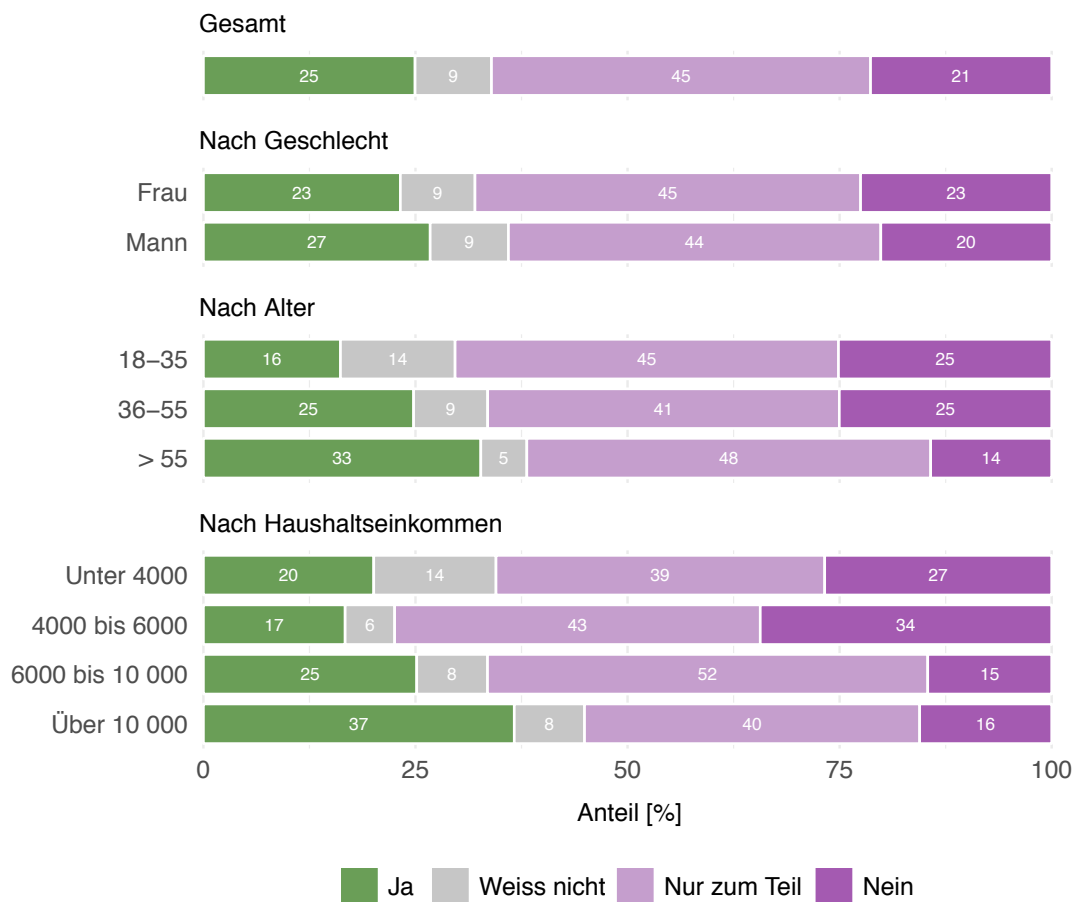


Abbildung 19: Ob sich die Befragten ausreichend abgesichert fühlen für den Fall, dass sie pflegebedürftig werden.

Pflegebedürftigkeit zu sein, birgt allerdings nicht nur ein finanzielles Risiko. Sorge bereiten auch andere Folgen für den Pflegefall (Abb. 20). Zwei Drittel der Befragten sorgen sich vor dem damit verbundenen Verlust an Autonomie. Fast ebenso viele fürchten, anderen zur Last zu fallen. Mehr als die Hälfte der Befragten sorgt sich allerdings auch vor den finanziellen Folgen. Ob und durch wen die Betreuung bei Pflegebedürftigkeit erfolgt, ist interessanterweise für die Befragten viel weniger von Belang. Die Familiensituation und die Qualität des Pflegesystems scheint in vielen Fällen als ausreichend angesehen zu werden.

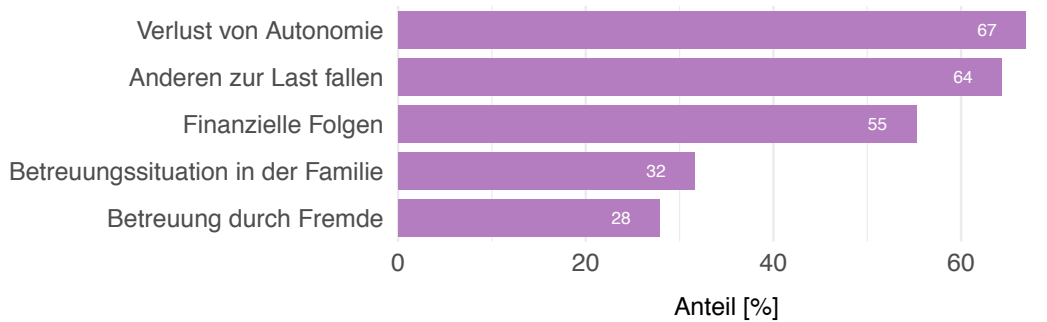


Abbildung 20: Was den Befragten Sorge macht für den Fall, dass sie pflegebedürftig werden.

Während der Verlust an Autonomie und die Angst, anderen zur Last zu fallen, in allen Altersgruppen weit verbreitet ist, hängt die Sorge vor den finanziellen Folgen von Pflegebedürftigkeit stark vom Alter ab (Abb. 21). Die Jüngeren haben weniger Vorsorgekapital und der mit Pflegebedürftigkeit verbundene Ausfall von Erwerbseinkommen ist potenziell viel weitreichender. Dennoch fürchten sich noch immer 43 Prozent der 66- bis 75-Jährigen vor den finanziellen Folgen eines Pflegefalls. Dies zeigt, welche zentrale Rolle die Pflege thematisiert, die im Berufsalltag oft vergessen geht, im Übergang vom Erwerbsleben zur Pensionierung im Spektrum der finanziellen Lebenssicherung und Vorsorge steht.

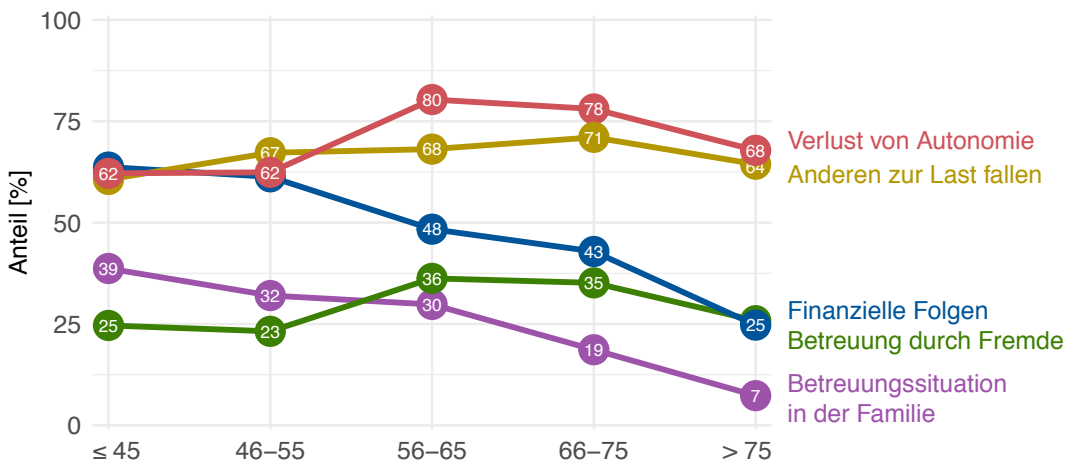


Abbildung 21: Was den Befragten Sorge macht für den Fall, dass sie pflegebedürftig werden – nach Alter.

4 Herausforderung Altersvorsorge

Das eine sind die persönlichen Erwartungen auf die eigene Vorsorge, das andere ist die allgemeine, politische Sicht der Schweizer Bevölkerung auf das Rentensystem. Der zweite Teil des Schwerpunkts Altersvorsorge rückt letztere ins Zentrum: Als wie gesichert sehen die Schweizerinnen und Schweizer ihre Renten an? Wie beurteilen sie die verschiedenen Vorsorgeprinzipien? Und welche Reformansätze stehen für sie im Vordergrund?

4.1 Mehrheit erwartet sinkende Renten

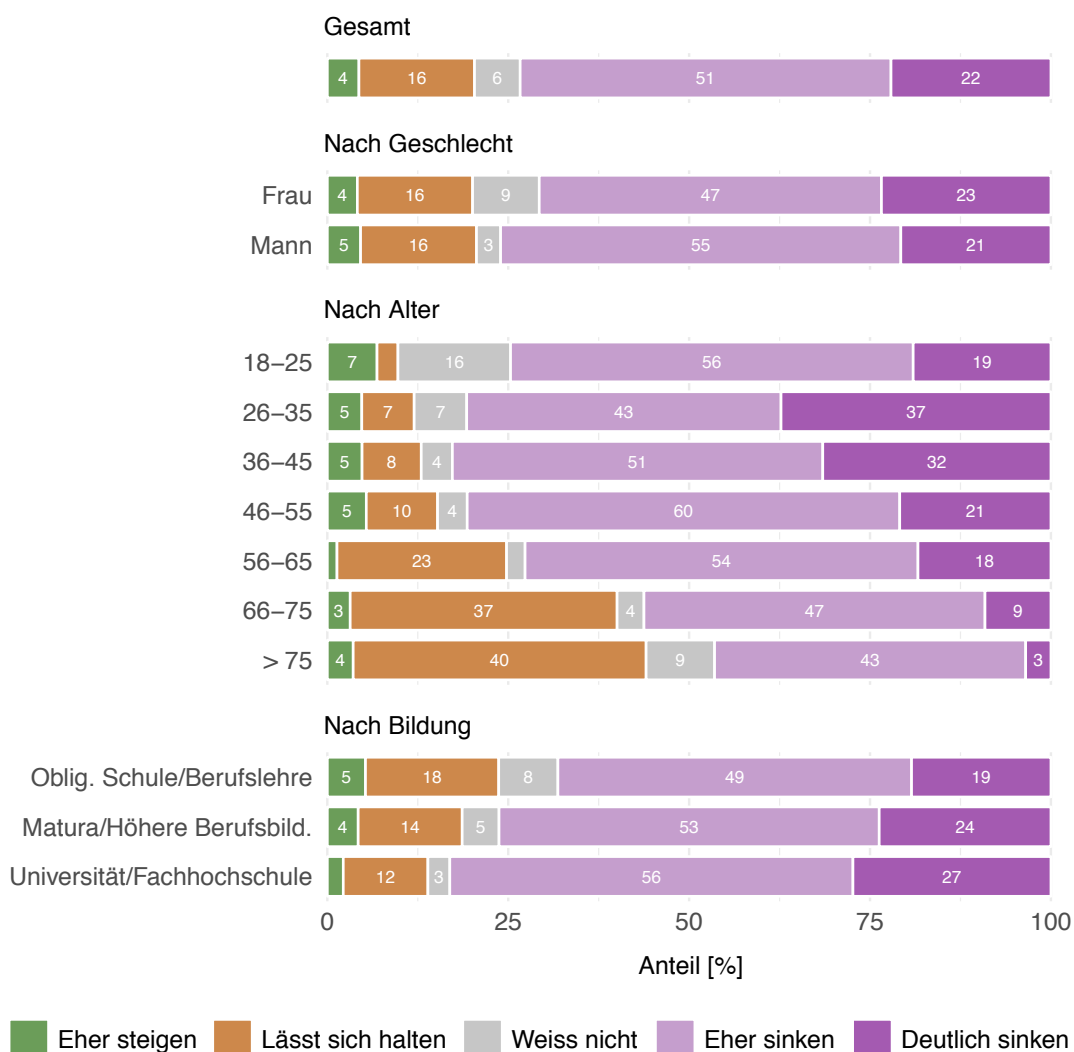


Abbildung 22: Beurteilung der künftigen Entwicklung des Rentenniveaus in der Schweiz.

Fast drei Viertel der Befragten gehen davon aus, dass das Rentenniveau in der Schweiz in Zukunft sinken wird. 22 Prozent erwarten dabei sogar ein deutliches Sinken. Kaum jemand (4 Prozent) rechnet damit, dass die Renten steigen und nur 16 Prozent sehen in Zukunft ein stabiles Rentenniveau in der Schweiz (Abb. 22).

Ein höherer Bildungsabschluss korreliert mit einer noch grösseren Skepsis gegenüber der Sicherung des Rentenniveaus. Kaum einen Einfluss auf die Beurteilung hat jedoch das Geschlecht. Ganz im Unterschied zum Alter der Befragten. Personen, die sich selber im Rentenalter befinden, sind deutlich optimistischer was die Zukunft der Renten in der Schweiz betrifft als jüngere Personen. Die grösste Skepsis zeigt sich bei den 26- bis 35-Jährigen, danach nimmt die Skepsis mit jeder Altersklasse tendenziell ab. Bei den ganz jungen Erwachsenen (18 bis 25 J.) ist der Anteil «Weiss nicht» am grössten. In diesem Alter scheint das Thema der Renten noch nicht derart zentral zu sein. Ansonsten gilt: Je länger die Aussicht auf den eigenen Erwerbshorizont, desto grösser die Skepsis, was die Zukunft der Renten betrifft.

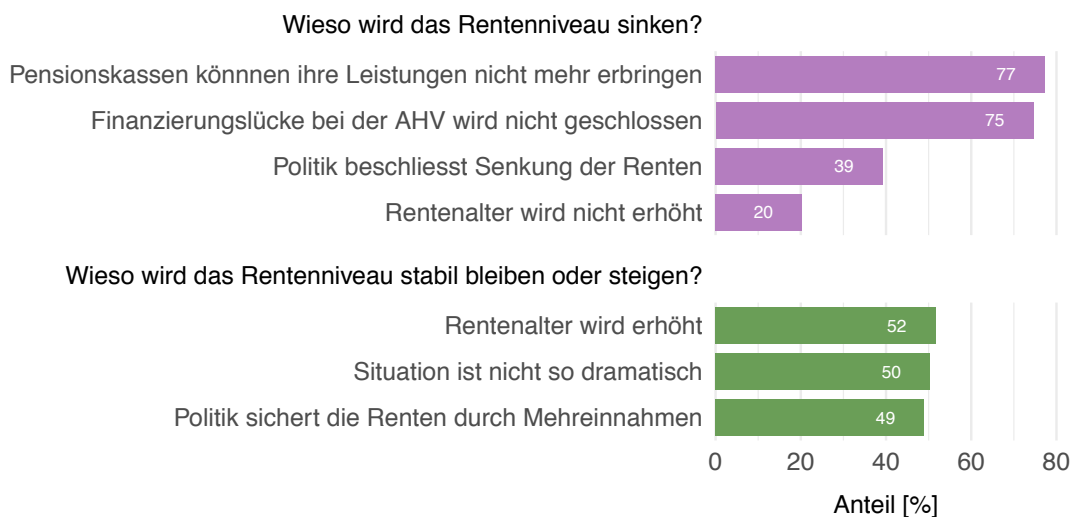


Abbildung 23: Gründe, wieso die Befragten von einem sinkenden bzw. steigenden/stabilen Rentenniveau ausgehen.

Doch weshalb gehen die meisten davon aus, dass die Renten sinken werden? Gefragt nach den Gründen für ihre Einschätzung, zeigt sich ein klares Bild (Abb. 23). Nur eine Minderheit geht davon aus, dass die Politik aktiv Rentenkürzungen beschliesst. Die grosse Mehrheit erwartet sinkende Renten aufgrund ausbleibender politischer Massnahmen. So begründen 77 Prozent ihre Einschätzung sinkender Renten damit, dass die Pensionskassen ihre Leistungen nicht mehr werden erbringen können. Fast ebenso viele (75 Prozent) gehen davon aus, dass das Unvermögen, die Finanzierungslücke bei der AHV zu schliessen, Auslöser für tiefere Renten sein werde. Dies bringt die Erwartung zum Ausdruck, dass sich das System gewissermassen selber reformiert. Die Renten werden, gemäss Einschätzung einer

Mehrheit der Befragten, zwar nicht aktiv durch die Politik gekürzt, sie kürzen sich jedoch aufgrund von Defiziten quasi von alleine. Bei den Gründen für stabile Renten ist das Bild weniger klar. Einige gehen von einer Stabilisierung durch die Erhöhung des Rentenalters aus, andere von einer Rentensicherung durch Mehreinnahmen. Ebenso viele sind der Ansicht, dass die Situation gar nicht so dramatisch sei, wie es dargestellt werde. Dieser Ansicht sind dabei insbesondere ältere Befragte. Hier spielt womöglich die eigene Erfahrung mit der schon lange anhaltenden Rentendebatte eine Rolle, die bislang noch kaum Rentenkürzungen zur Folge hatte. Womöglich gehen die Älteren bei der Beurteilung dieser Frage jedoch schlicht von ihrem kürzeren Zeithorizont aus und sind deshalb weniger besorgt.

4.2 Kapitaldeckungs- und Umlageverfahren im Vergleich

Seit 1948 beruht die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) als erste Säule der Altersvorsorge auf dem so genannten Umlageverfahren. Hier kommen die erwerbstätigen Jüngeren für die Renten der Älteren auf. Die berufliche Vorsorge BVG (2. Säule) beruht dagegen auf dem Kapitaldeckungsverfahren. Hier sparen alle für ihre eigene Altersrente. Welche positiven Eigenschaften werden mit diesen beiden Varianten in Verbindung gebracht?

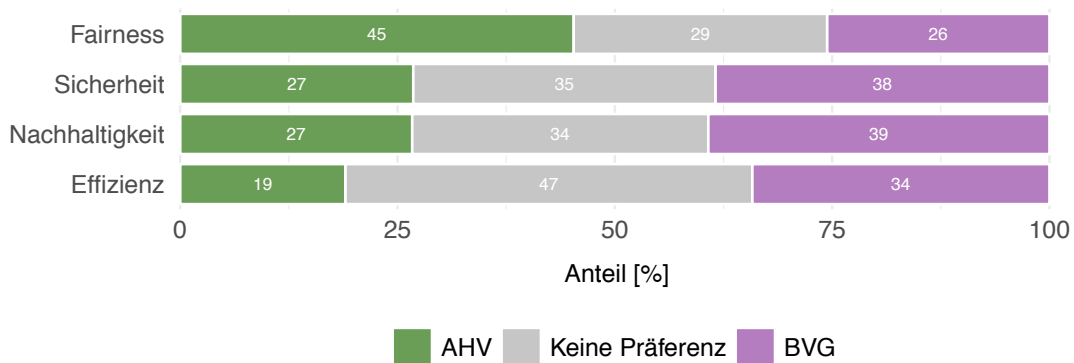


Abbildung 24: Mit welchen positiven Eigenschaften die beiden Vorsorgeprinzipien verbunden werden.

Die Befragung zeigt, dass drei der vier abgefragten positiven Eigenschaften eher mit dem BVG und dem Kapitaldeckungsverfahren in Verbindung gebracht werden als mit dem Umlageverfahren der AHV. So wird das Prinzip der obligatorischen beruflichen Vorsorge in der zweiten Säule (BVG) tendenziell als sicherer, nachhaltiger und effizienter eingeschätzt. Konkret sehen 38 Prozent das BVG in Bezug auf die Rentensicherheit im Vorteil, während 27 Prozent den Vorteil bei der AHV sehen. Der Rest sieht keines der beiden Verfahren als sicherer an. Bei der Frage

der Nachhaltigkeit sind die Verhältnisse fast identisch. Auffällig ist, dass nur 19 Prozent das Umlageprinzip der AHV als effizienter ansehen. 34 Prozent sind demgegenüber der Ansicht, dass das Kapitaldeckungsverfahren effizienter ist. Das Umlageverfahren der AHV wird im Vergleich zum BVG deutlich stärker mit der Eigenschaft der Fairness in Verbindung gebracht. Der in der AHV enthaltene Transfer zwischen Jung und Alt sowie zwischen gut und weniger gut Verdienenden wird verstärkt mit dem Konzept der Fairness in Verbindung gebracht (Abb. 24).

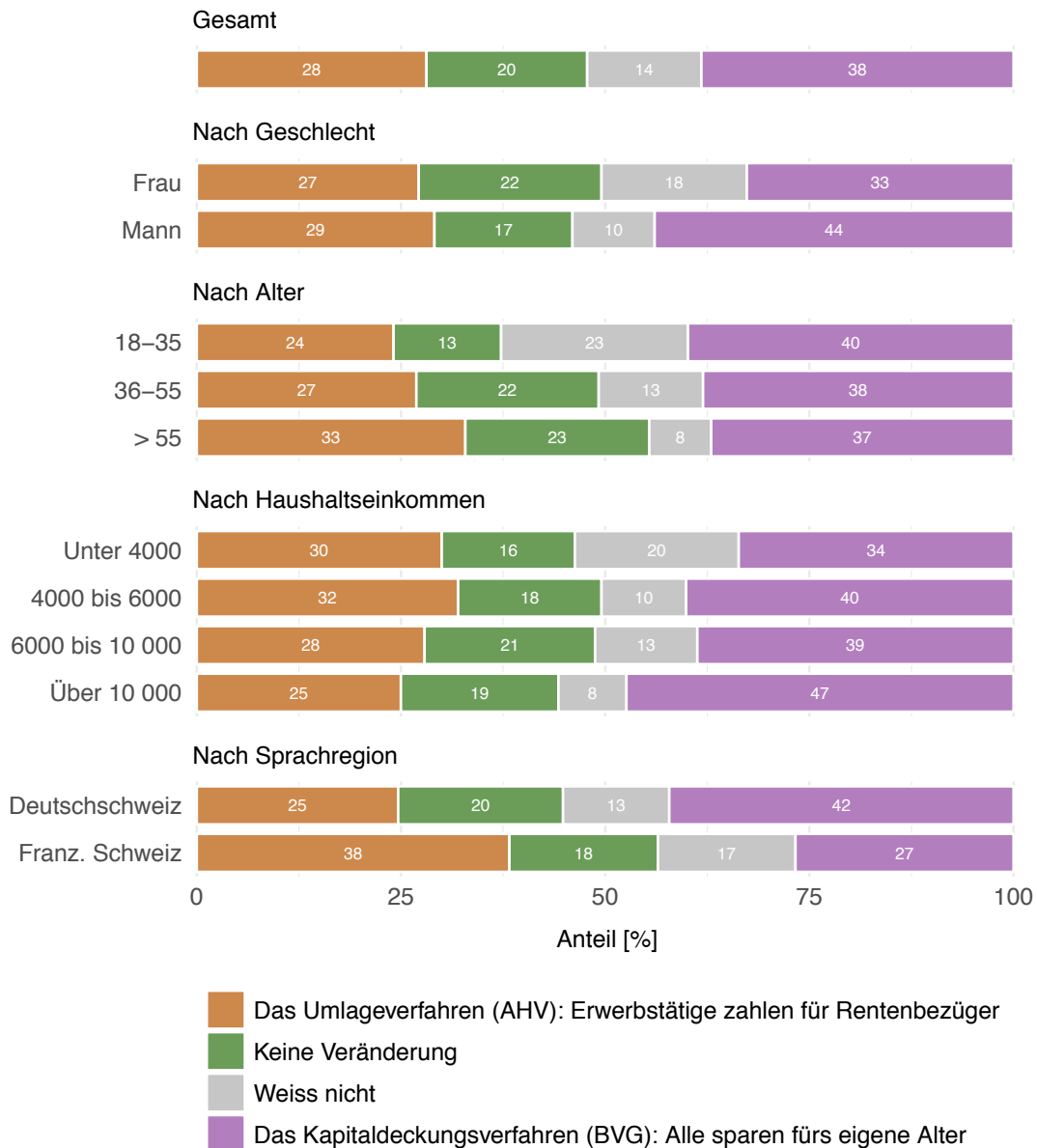


Abbildung 25: Welches Vorsorgeprinzip in Zukunft mehr Gewicht erhalten soll – nach Sozialdemografie.

Geht es darum, welches Vorsorgeprinzip in Zukunft ein grösseres Gewicht erhalten soll, bestätigt sich die Tendenz hin zum Kapitaldeckungsverfahren (BVG).

38 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer sind der Ansicht, dass dieses in Zukunft mehr Gewicht bei der Rentenfinanzierung haben soll. Bloss 28 Prozent wünschen sich eine Verschiebung hin zur umlagefinanzierten ersten Säule (AHV). Die Detailanalyse zeigt, dass sich insbesondere Männer, Deutschschweizer und Gutverdienende einen Umbau Richtung Kapitaldeckungsverfahren wünschen (Abb. 25).

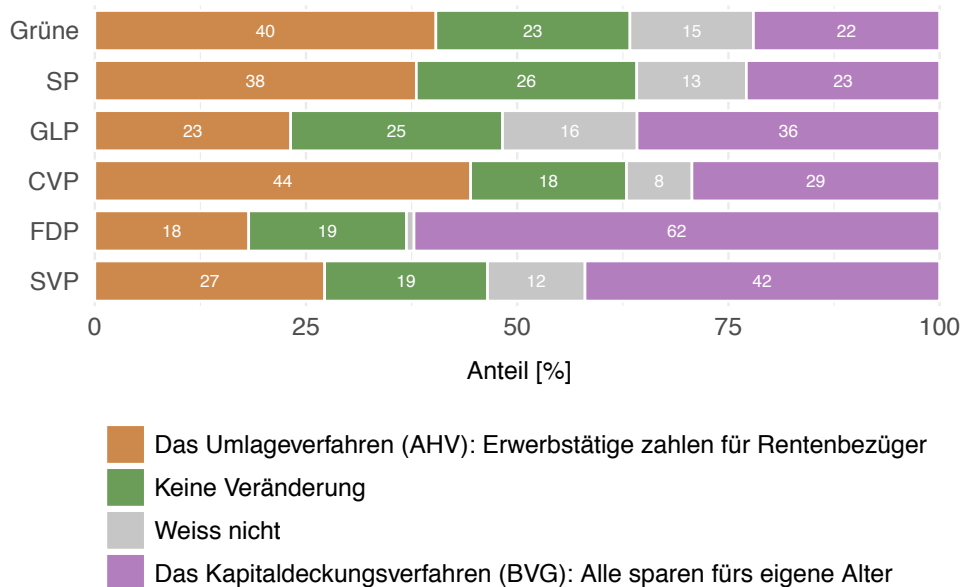


Abbildung 26: Welches Vorsorgeprinzip mehr Gewicht erhalten soll – nach Parteienähe.

Ob jemand den Ausbau des Kapitaldeckungs- oder des Umlageverfahrens bevorzugt, hängt vor allem auch von der politischen Orientierung ab. Es ist insbesondere die Basis der FDP und zu einem geringeren Mass der SVP und der GLP, welche eher einen Ausbau des Kapitaldeckungsverfahrens (BVG) bevorzugen. Im linken Spektrum (SP, Grüne) aber auch bei der Basis der CVP sind die Verhältnisse umgekehrt (Abb. 26).

Aus Sicht der Befragten soll das Gewicht des Vorsorgesystems tendenziell zum Kapitaldeckungsverfahren verlagert werden. Doch wie tief ist dieses Prinzip tatsächlich in der Bevölkerung verankert (Abb. 27)? Die Befragten wurden mit folgender Aussage konfrontiert: «Der Umwandlungssatz bestimmt, wie viel des angesparten Pensionskassenguthabens (BVG) pro Jahr ausbezahlt wird. Wenn die Lebenserwartung steigt und der Umwandlungssatz nicht gesenkt wird, entsteht ein Defizit. Wie soll damit umgegangen werden?» Nur 9 Prozent der Befragten sehen in den jüngeren Versicherten die Lösung des Problems. Sie sind der Ansicht, dass diese mit ihren Versicherungsbeiträgen das Defizit decken sollen. Das heisst, dass nur eine kleine Minderheit den schleichenden Übergang des BVG vom Kapitaldeckungs- in ein Umlageverfahren unterstützt, wie er bereits heute auf-

grund des aktuellen Umwandlungssatzniveaus stattfindet. Zugleich ist allerdings auch nur eine relativ kleine Minderheit (23 Prozent) der Ansicht, dass die Lösung der strukturellen Probleme durch die Senkung des Umwandlungssatzes erzielt werden soll. Vielmehr scheint die Lösung in der Sozialisierung des Defizits gesehen zu werden. 42 Prozent sind der Ansicht, dass die Allgemeinheit (etwa in Form von Mehrwertsteuerbeiträgen) für das Defizit der Pensionskassen aufkommen soll. Wie die Antworten der Befragten zeigen, wird das Kapitaldeckungsverfahren der zweiten Säule als Prinzip positiv beurteilt, und dennoch besteht eine latente Bereitschaft, es zugunsten der Garantie hoher Renten zu unterlaufen.

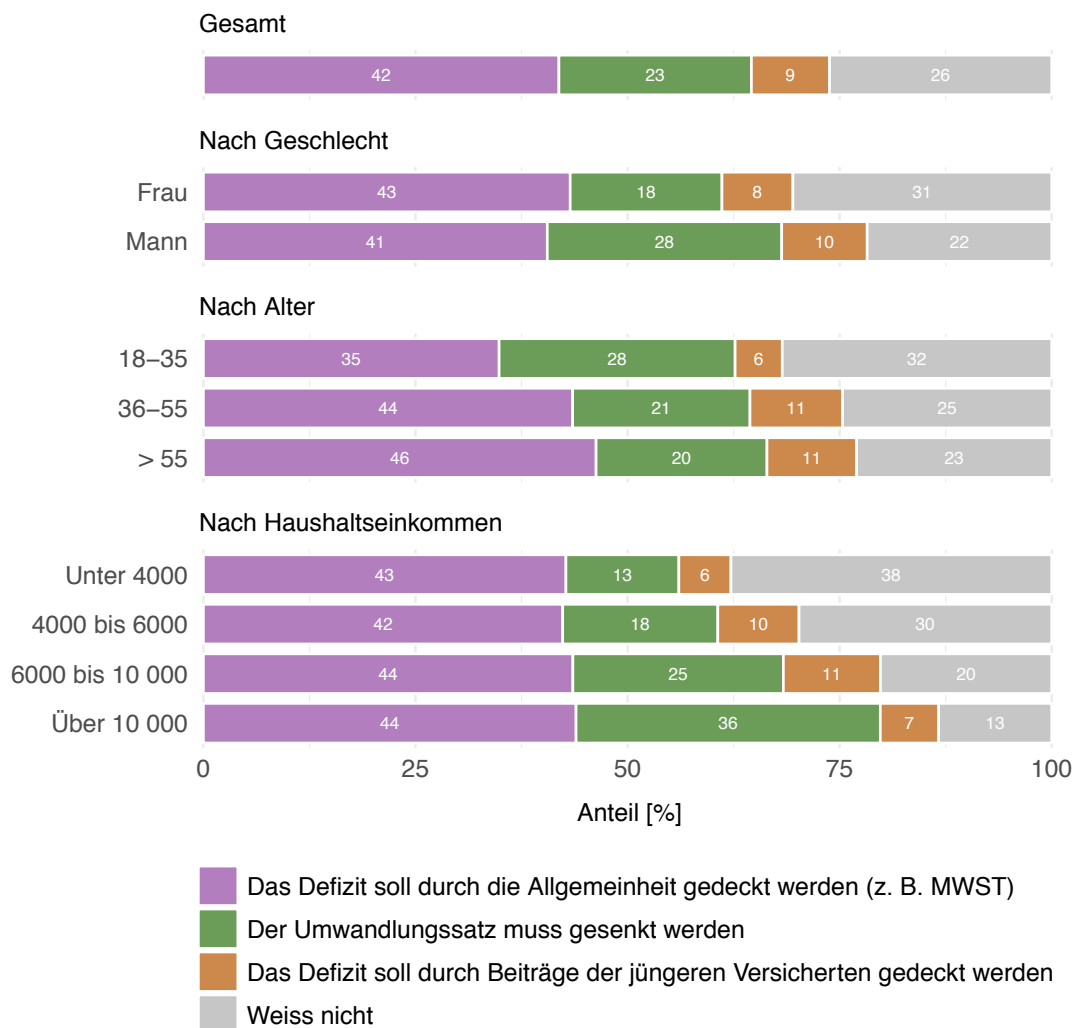


Abbildung 27: Wie mit dem entstehenden Defizit in den Pensionskassen umgegangen werden soll, welches durch die höhere Lebenserwartung entsteht.

Die Bereitschaft, das Defizit der Pensionskassen auf die Allgemeinheit abzuwälzen, zieht sich durch alle Gesellschaftsschichten. Männer, Junge und Besserverdienende sind am ehesten bereit, den Umwandlungssatz zu senken.

4.3 Ansätze einer Rentenreform

Wie werden grundsätzlich die verschiedenen Stossrichtungen und Ansätze bewertet, das Schweizer Rentensystem wieder ins Gleichgewicht zu bringen? Welche Arten von Massnahmen sollen mehr und welche weniger Anteil an einer Rentenreform haben (Abb. 28)? Dabei wurde zunächst der Fokus auf die erste Säule gelegt. Die Befragten konnten fünf Punkte frei auf fünf Massnahmen verteilen, die dazu beitragen, die Finanzierungslücke in der AHV zu schliessen. Dabei zeigt sich, dass der Schwerpunkt aus Sicht der Befragten klar auf die Einnahmeseite gelegt werden soll. Grössere Beiträge durch die Allgemeinheit (z. B. via Mehrwertsteuer) erhält als Massnahme durchschnittlich 1,7 Punkte. Etwas weniger als ein Viertel möchte ganz darauf verzichten und gibt dieser Massnahme null Punkte.

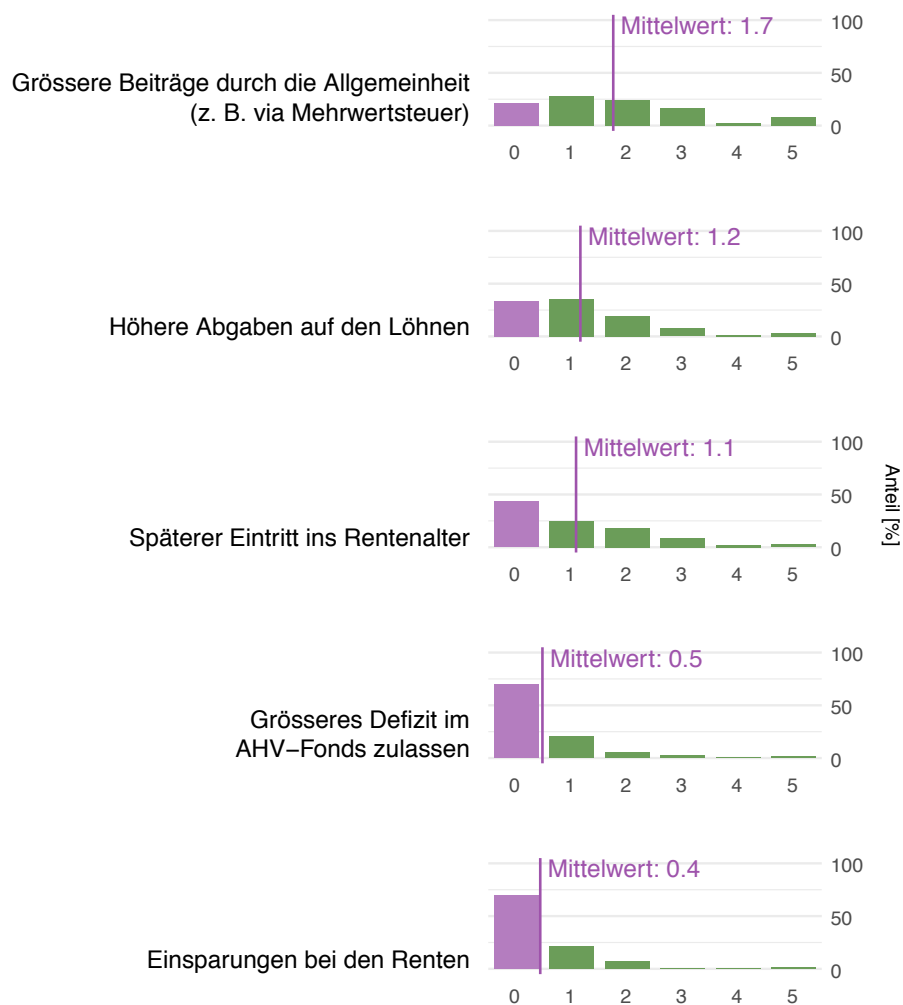


Abbildung 28: Bewertung verschiedener Lösungsansätze zur Schliessung der Finanzierungslücke in der AHV (fünf Punkte konnten auf fünf Massnahmen verteilt werden).

Ein substanzieller, aber dennoch einen weniger grossen Anteil als die Mehrwertsteuererhöhung, soll aus Sicht der Befragten über höhere Abgaben auf den Löhnen erfolgen. Diese Massnahme erhält im Durchschnitt 1,2 Punkte. Mit durchschnittlich 1,1 Punkten fast ebenso gross sollen aus Sicht der Befragten der Beitrag einer Erhöhung des Rentenalters sein. Eine Mehrheit der Befragten hat zumindest einen der fünf Massnahmenpunkte auf die Rentenaltererhöhung gesetzt. Auf verbreitete Ablehnung stossen dagegen zwei Massnahmen im Umgang mit dem AHV-Fonds. Dies ist zum einen das Zulassen eines grösseren Defizits (0,5 Punkte) und zum anderen sind dies Kürzungen bei den Renten (0,4 Punkte). Es zeigt dies das Dilemma der Reform der Altersvorsorge in der Zeit des demographischen Wandels: Zwar wollen die wenigsten ein Defizit anhäufen, doch zugleich sollen auch die Renten möglichst unangetastet bleiben.

Sowohl beim BVG wie auch bei der AHV zeigt sich eine verbreitete Bereitschaft, die Allgemeinheit für die Sicherung der Renten aufkommen zu lassen. Geht es dagegen um konkrete Massnahmen der Rentenreform, zeigen sich interessante Abweichungen von diesem Bild. Die Befragten erhielten die Möglichkeit, aus sieben konkreten Massnahmen jene auszuwählen, welche sie explizit unterstützen und jene, welche sie explizit ablehnen (Abb. 29).

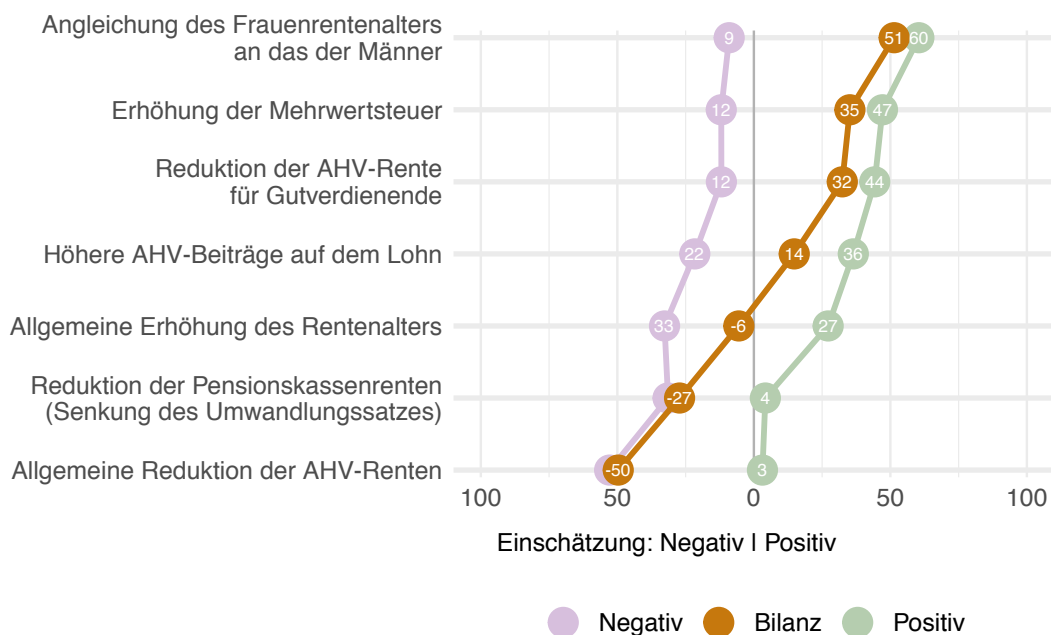


Abbildung 29: Einschätzung verschiedener Massnahmen zur Reform der Altersvorsorge.

Am deutlichsten unterstützt wird die Angleichung des Frauenrentenalters an jenes des Mannes. 60 Prozent sind explizit dafür und nur 9 Prozent sind explizit dagegen. Die Zustimmung ist damit höher als jene zur Erhöhung der Mehrwertsteuer, die als Massnahme am zweitmeisten Unterstützung findet. Bemerkenswert hoch

ist die Unterstützung für eine Reduktion der AHV-Renten für Gutverdienende. 44 Prozent sind explizit dafür und nur 12 Prozent explizit dagegen. Bei der allgemeinen Erhöhung des Rentenalters halten sich Unterstützung und Ablehnung die Waage. Der grosse Widerstand gegen die Reduktion der Renten in der zweiten und insbesondere in der ersten Säule wird auch hier sichtbar. Wie weiter oben gezeigt wurde, gehen die meisten Befragten davon aus, dass die Renten in der Schweiz in Zukunft sinken werden. Zugleich stossen politische Massnahmen, die in diese Richtung zielen, auf vehementen politischen Widerstand. Auch dies bestätigt die Einschätzung der Befragten. Diese gehen nämlich mehrheitlich davon aus, dass Rentenkürzungen nicht aktiv durch die Politik beschlossen werden, sondern sich vielmehr schleichend aus Sachzwängen ergeben.

5 Stabilität der politischen Grundordnung

Sicherheit beginnt in der alltäglichen Einbettung im sozialen Umfeld am Wohnort und sie wird ebenso über staatliche und private Absicherungs- und Vorsorgesysteme hergestellt. Alledem zugrunde liegt jedoch eine spezifische politische Grundordnung, die für einen mehr oder weniger stabilen Rahmen sorgt. In diesem letzten Kapitel geht es um diesen Rahmen und dessen typisch schweizerische Ausprägungen, die bisher auch in stürmischen Zeiten zu einer ausgesprochenen Stabilität dieses Landes beigetragen haben. Wie schätzt die Schweizer Bevölkerung die schweizerischen Ordnungsprinzipien ein? Welche sind wichtig, welche bedroht? Und welche sind auch persönlich für die Befragten wichtig?

5.1 Bedeutung der schweizerischen Ordnungsprinzipien

Zentrale Prinzipien der politischen und gesellschaftlichen Ordnung in der Schweiz werden von der Bevölkerung auch heute noch als wichtig erachtet. Am deutlichsten trifft dies auf die direkte Demokratie und Neutralität zu: Jeweils 84 Prozent halten es für wichtig oder sehr wichtig, dass die Stimmbevölkerung bei Sachvorlagen eine direkte Mitsprache hat und dass die Schweiz sich nicht an bewaffneten Konflikten beteiligt. Insbesondere die direkte Demokratie wird von der Basis aller grossen Parteien in der Schweiz gleichermassen hochgehalten. Auf Platz drei der wichtigsten Prinzipien steht die Sozialpartnerschaft, mit der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen nach einvernehmlichen Lösungen suchen. Dieses Prinzip ist vor allem für die Basis der Links- und Mitteparteien wichtig. Das Milizsystem wiederum, also die nebenberufliche Ausübung öffentlicher Funktionen, wird besonders stark von bürgerlichen Wählerinnen und Wählern hochgehalten.

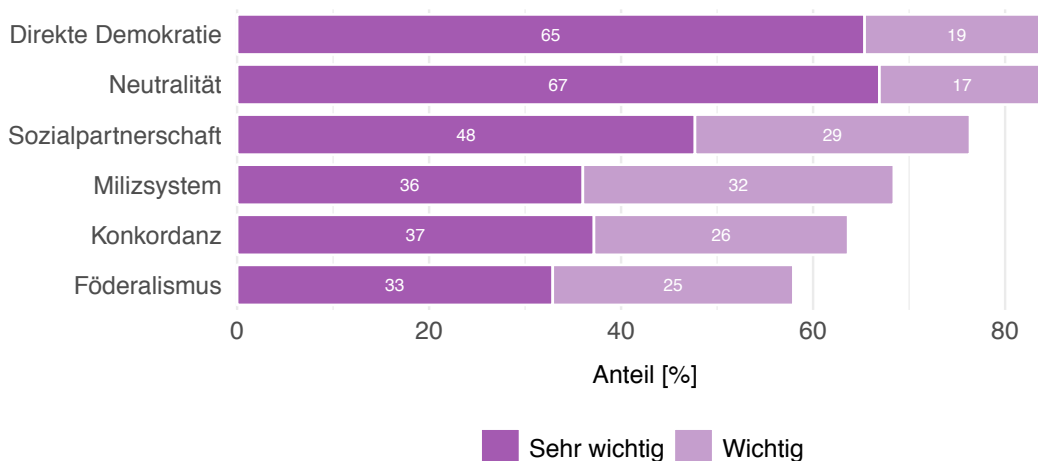


Abbildung 30: Einschätzung der Wichtigkeit typischer Merkmale der politischen und gesellschaftlichen Ordnung der Schweiz.

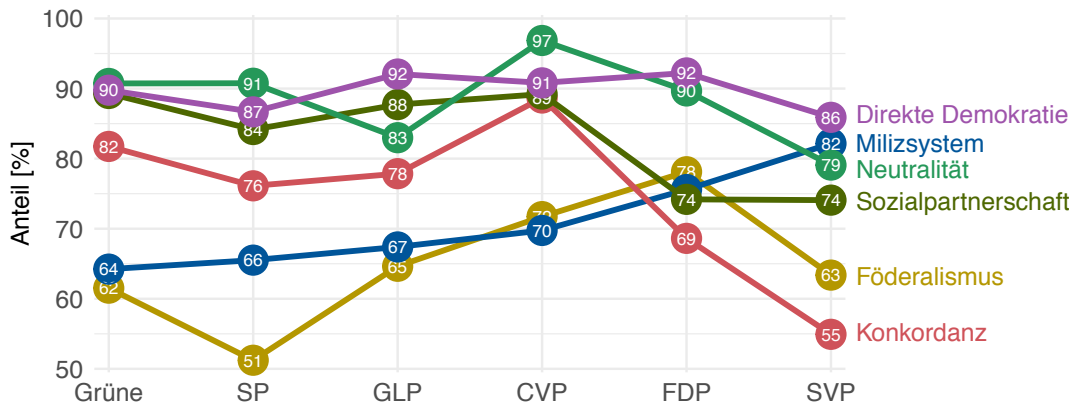


Abbildung 31: Einschätzung der Wichtigkeit typischer Merkmale der politischen und gesellschaftlichen Ordnung der Schweiz – nach Parteinähe.

Die Konkordanz (Einbezug möglichst vieler Parteien, Verbände usw. in politische Entscheide) und der Föderalismus (dezentrale Aufteilung der Macht auf Bund, Kantone und Gemeinde) werden insgesamt als am wenigsten wichtig eingestuft – doch auch hier ist es jeweils mehr als die Hälfte der Bevölkerung, welche diese Prinzipien für wichtig oder sehr wichtig hält (Abb. 30 und 31).

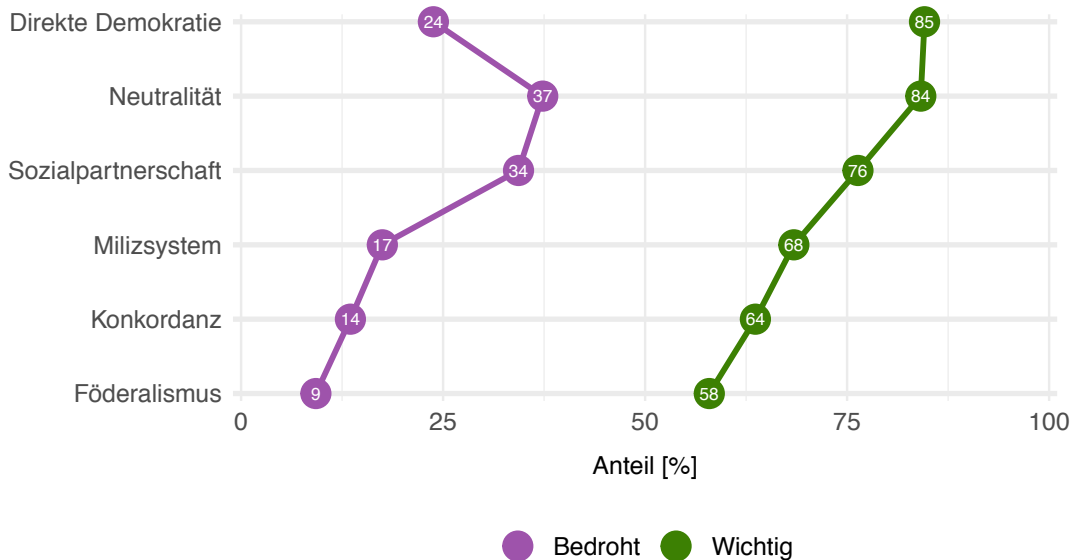


Abbildung 32: Prinzipien, welche als bedroht angesehen werden, weil sie zu wenig gepflegt werden.

Sind die Prinzipien der politischen und gesellschaftlichen Ordnung in der Schweiz bedroht, weil sie zu wenig gepflegt werden? Die Befragten sehen dies nicht so. Für sie sind diese Prinzipien in der Gesellschaft gut abgestützt (Abb. 32). Am grössten ist die Befürchtung, dass sie bedroht sind, für die Neutralität und die

Sozialpartnerschaft. Hier ist jeweils rund ein Drittel der Befragten der Meinung, dass diese zu wenig gepflegt werden.

5.2 Allgemeine und persönliche Bedeutung

Die Bevölkerung schätzt zentrale Prinzipien der gesellschaftlichen und politischen Ordnung zwar als wichtig für die Schweiz ein, wie in Abbildung 30 zu sehen ist. Abbildung 33 zeigt jedoch, dass diese Prinzipien für die Befragten persönlich eine viel weniger grosse Rolle spielen – hier gibt es eine grosse Diskrepanz. Die direkte Demokratie und die Neutralität werden zwar immerhin von 60 respektive 55 Prozent der Befragten für persönlich wichtig befunden. Bei der Sozialpartnerschaft stimmen nur noch vier von zehn Befragten zu, und die restlichen Prinzipien sind nur für einen Fünftel der Befragten persönlich wichtig.

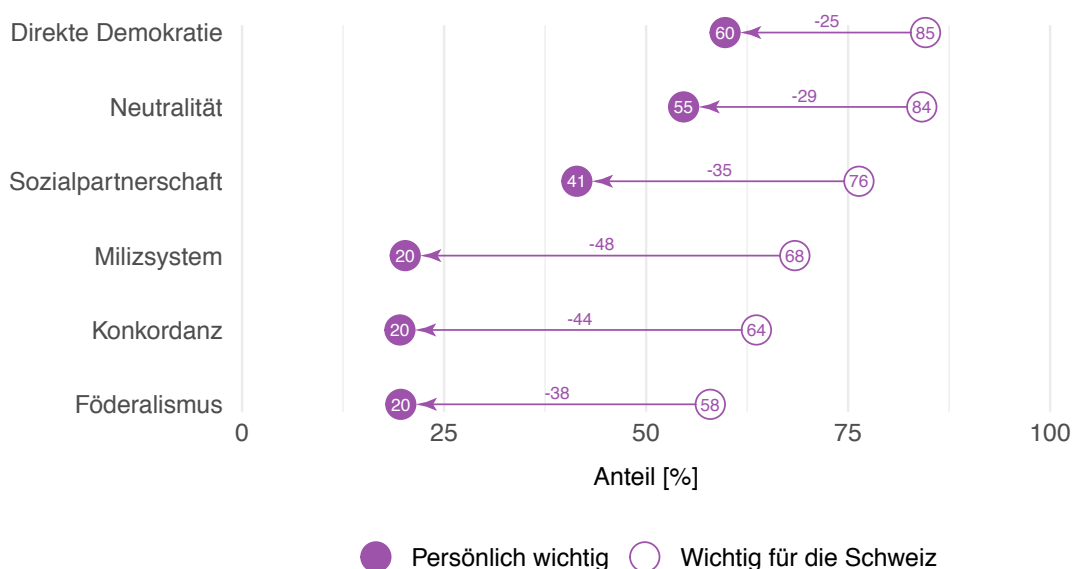


Abbildung 33: Einschätzung der Wichtigkeit von Prinzipien für die Schweiz und für die Befragten persönlich.

Wer über sich sagt, nicht regelmässig an Abstimmungen teilzunehmen, wertet die direkte Demokratie als weniger wichtig als Befragte, welche regelmässig daran teilnehmen (Abb. 34). Dies ist nicht erstaunlich. Vielmehr schätzen selbst Befragte, welche nur unregelmässig oder gar nicht an Abstimmungen teilnehmen, die direkte Demokratie insgesamt als bemerkenswert wichtig ein. 59 Prozent von ihnen finden, dass die direkte Demokratie wichtig für die Schweiz ist – und für immerhin einen Drittel der Stimmbastinenten spielt sie persönlich eine wichtige Rolle.

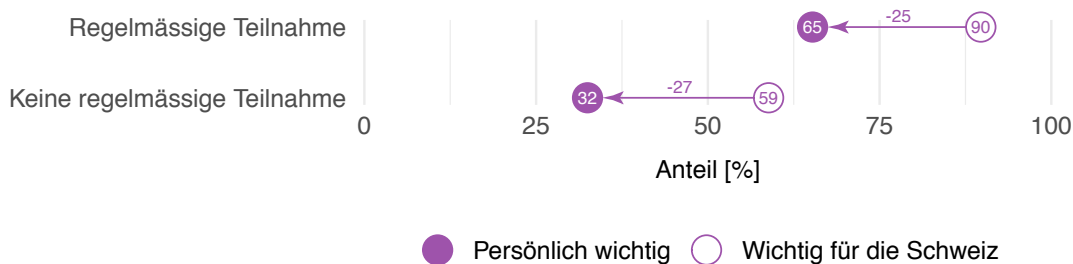


Abbildung 34: Einschätzung der Wichtigkeit der direkten Demokratie – durch Befragte, welche regelmässig an Abstimmungen teilnehmen, und andere.

Das Milizsystem wird von der Bevölkerung als wichtig für die Schweiz angesehen. Für sich persönlich sehen die Befragten die Wichtigkeit allerdings deutlich tiefer – hier besteht eine Diskrepanz. Selbst von den Befragten, die ein Milizamt ausüben (z. B. Schulpflege, Gemeinderat usw.), finden nur 52 Prozent, dass das Milizsystem für sie persönlich eine wichtige Rolle spielt. Bei der übrigen Bevölkerung ohne Milizamt sind es gar nur 17 Prozent (Abb. 35).

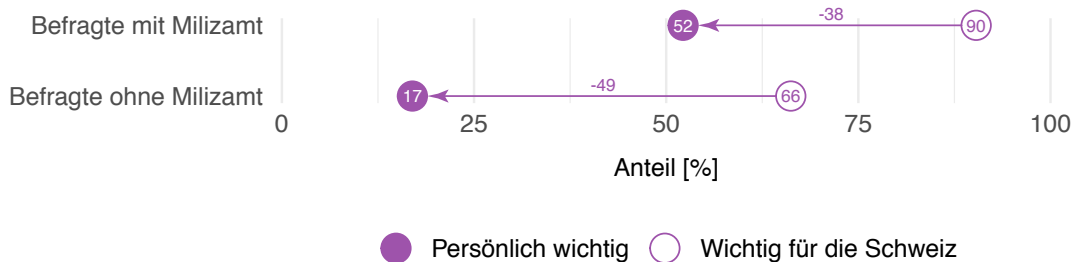


Abbildung 35: Einschätzung der Wichtigkeit des Milizsystems – durch Befragte, welche ein Milizamt ausüben, und andere.

Die Befragung zeigt, dass die Säulen der typisch schweizerischen politischen Grundordnung eine hohe Wertschätzung geniessen. Sie werden allesamt von einer grossen bis sehr grossen Mehrheit der Bevölkerung als wichtige Ordnungsprinzipien angesehen. Dennoch öffnet sich ein markanter Graben zwischen den untersuchten Prinzipien. Während die direkte Demokratie und die Neutralität auch im persönlichen Bedeutungshorizont der Befragten verankert sind, gilt dies für die anderen Prinzipien nur beschränkt. Nur die beiden Prinzipien direkte Demokratie und Neutralität erachtet eine Mehrheit auch persönlich als wichtig. Im Kontrast dazu stehen insbesondere die Prinzipien Föderalismus, Konkordanz und Miliz. Nur je ein Fünftel sieht diese als persönlich wichtig an. Wenn diese Prinzipien – anders als die direkte Demokratie und die Neutralität – jedoch vor allem als abstrakte Grössen angesehen werden, droht ihnen eine Aushöhlung. Die drei Prinzipien werden zwar im Abstrakten gutgeheissen, das Bekenntnis zu ihnen droht jedoch zu einem Lippenbekenntnis zu werden. Es ist womöglich

kein Widerspruch, dass gerade die Prinzipien Föderalismus, Konkordanz und Miliz von den wenigsten Befragten als bedroht ansehen werden (vgl. Abb. 32). Die Bedrohung dieser Prinzipien wird nicht wahrgenommen, weil sie von einer schleichenden Bedeutungsentleerung begleitet ist.

6 Methodik

Die Datenerhebung erfolgte zwischen dem 15. und 24. April 2019. Die Teilnehmenden wurden über das intervista Online Panel per Einladung rekrutiert (*opt-in online survey*). In die Auswertung sind die Antworten von 1013 Personen eingeflossen.

Die Stichprobe aus dem intervista Online Panel erfolgte quotiert nach Geschlecht, Alter und Sprachregion. Zusätzlich wurde die Stichprobe mittels des IPF-Verfahrens (*Iterative Proportional Fitting*, auch *Raking* oder *Raking Ratio* genannt) nach Ausbildungsstand und politischer Positionierung (Parteinähe) gewichtet. Als Grundgesamtheit definiert sich die ständige Wohnbevölkerung der deutsch- und französischsprachigen Schweiz ab 18 Jahren. Die Randverteilungen dieser Merkmale wurde für die deutschsprachige und französischsprachige Schweiz jeweils separat berücksichtigt. Dieses Vorgehen gewährleistet eine hohe soziodemografische Repräsentativität der Stichprobe. Für die vorliegende Gesamtstichprobe beträgt das 95 Prozent-Konfidenzintervall (für 50 Prozent Anteil) +/-2.85 Prozentpunkte.

